

ÖAW

ÖSTERREICHISCHE
AKADEMIE DER
WISSENSCHAFTEN



MANU:SCRIPTS

WIEN, JULI/2025

ITA-25-02

WWW.OEAW.AC.AT/ITA

WIE LÄSST SICH KONSTRUKTIV MIT VERHÄRTETEN WISSENSKONFLIKTEN UMGEHEN?

**EINE QUANTITATIV-QUALITATIVE STUDIE
ZUR WISSENSCHAFTSSKEPSIS**



WIE LÄSST SICH KONSTRUKTIV MIT VERHÄRTETEN WISSENSKONFLIKTEN UMGEHEN?

EINE QUANTITATIV-QUALITATIVE STUDIE ZUR WISSENSCHAFTSSKEPSIS

ALEXANDER BOGNER¹, AGNES KIRCHNER², KATHARINA MIKO-SCHEFZIG²,
JULIA PARTHEYMÜLLER³, MICHAELA PFADENHAUER⁴, MARKUS TRIMMEL⁴

¹ Institut für Technikfolgen-Abschätzung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien

² Kompetenzzentrum für Empirische Forschungsmethoden, Wirtschaftsuniversität Wien

³ Institut für Staatswissenschaft, Universität Wien

⁴ Institut für Soziologie, Universität Wien

KEYWORDS

Wissenschaftsskepsis, Politikberatung, Polarisierung, COVID-19, qualitative Methoden, Survey-Experimente

ZUSAMMENFASSUNG

Die Pandemie hat gezeigt, wie schnell die Wissenschaft zum Gegenstand öffentlicher Konflikte und Attacken werden kann, wenn Expertise zur zentralen politischen Ressource wird. Daraus ergeben sich zwei grundsätzliche Fragen: (1) Warum trägt eine Verwissenschaftlichung von Konflikten nicht zu deren Lösung bei? (2) Und wie lässt sich ein konstruktiver politischer Dialog über wissenschaftsbasierte Themen dennoch stärken? Die erste Frage wird im qualitativen Teil der Studie behandelt: Es wird gezeigt, dass in hochgradig verwissenschaftlichten Krisen alle Konfliktparteien sich auf Expert:innen (oder Pseudoexpert:innen) berufen. Der Konflikt wird selbst zum Mittel, um epistemische Autorität dort, wo eine institutionelle Basis fehlt, situativ zu behaupten. Dies erklärt das Desinteresse der Maßnahmengegner:innen an einer Konfliktlösung. Im quantitativen Teil der Studie wird die zweite Frage diskutiert: Anhand von Survey-Experimenten wird gezeigt, dass sich das Vertrauen in die Wissenschaft steigert, wenn die politikberatenden Expert:innen nicht von der Regierung, sondern von der Wissenschaft selbst ausgewählt werden. Außerdem spielt der Kommunikationsstil der Expert:innen eine wichtige Rolle: Vertrauen entsteht dort, wo sie nicht als missionsgetriebene Aktivist:innen auftreten, sondern als bescheidene Berater:innen, die der Politik verschiedene, gut begründete Handlungsoptionen eröffnen. Allerdings haben Expert:innen im Fall stark politisierter Themen sowieso einen schweren Stand, wie der Vergleich mit politisch unbelasteten Themen zeigt.

ABSTRACT

The pandemic has shown how quickly science can become the subject of public conflict and attack when expertise becomes a key political resource. This raises two fundamental questions: (1) Why does the scientific of conflicts not contribute to their resolution? (2) And how can constructive political dialogue on science-based issues be strengthened nonetheless? The first question is addressed in the qualitative part of the study: It shows that in highly scientized crises, all parties to the conflict refer to experts (or pseudo-experts). The conflict itself becomes a means of asserting epistemic authority in situations where there is no institutional basis for doing so. This explains the lack of interest in conflict resolution on the part of those who oppose the measures. The second question is discussed in the quantitative part of the study: Survey experiments show that trust in science increases when the experts advising politicians are selected by the scientific community itself rather than by the government. In addition, the communication style of the experts plays an important role: trust arises when they do not act as mission-driven activists, but as modest advisors who present politicians with various well-founded options for action. However, experts have a difficult time in highly politicized issues anyway, as a comparison with politically uncontroversial issues shows.

IMPRESSUM

Medieninhaber:

Österreichische Akademie der Wissenschaften
Juristische Person öffentlichen Rechts (BGBl 569/1921 idF BGBl I 31/2018)
Dr. Ignaz Seipel-Platz 2, A-1010 Wien

Herausgeber:

Institut für Technikfolgen-Abschätzung (ITA)
Bäckerstraße 13, A-1010 Wien
www.oeaw.ac.at/ita

Die ITA-manu:scripts erscheinen unregelmäßig und dienen der Veröffentlichung von Arbeitspapieren und Vorträgen von Institutsangehörigen und Gästen.

Die ITA-manu:scripts werden ausschließlich über das Internetportal „epub.oeaw“ der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt: epub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript

ITA-manu:scripts Nr.: ITA-25-02 (Wien, Juli/2025)
ISSN-online: 1818-6556
epub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ITA-25-02.pdf



Dieser Bericht unterliegt der Creative Commons Attribution 4.0 International License:
creativecommons.org/licenses/by/4.0/

INHALT

	EINLEITUNG	7
1	WARUM EINE VERWISSENSCHAFTLICHUNG VON KONFLIKTEN NICHT ZU DEREN LÖSUNG BEITRÄGT	9
1.1	ZIELSETZUNG UND FORSCHUNGSFRAGEN	9
1.2	METHODIK	10
1.2.1	Forschungsdesign	10
1.2.2	Sampling und Datenerhebung	11
1.3	ERGEBNISSE	11
1.3.1	Die Notwendigkeit epistemischer Autorität	11
1.3.2	„Gesplante Gesellschaft“: Zur Reaktualisierung von „Gegenautorität“	12
1.3.3	„Travel of ideas“: Übertragung des Deutungsmusters auf andere Themenfelder	17
1.4	ZWISCHENFAZIT	19
2	WIE MAN WISSENSCHAFTSBASIERTE DISKURSE KONSTRUKTIVER GESTALTEN KANN	21
2.1	ZIELSETZUNG UND FORSCHUNGSFRAGEN	21
2.2	METHODIK	22
2.2.1	Erhebungsdesign und Datengrundlage	22
2.2.2	Überblick über den Fragebogen	22
2.3	SURVEY-EXPERIMENTE UND EMPIRISCHE ERGEBNISSE	23
2.3.1	Trägt Perspektivenwechsel zur Akzeptanz demokratisch getroffener Entscheidungen und wissenschaftlicher Erkenntnisse bei?	23
2.3.2	Zur Gestaltung von Politikberatungsgremien	29
2.3.3	Wissenschaftskommunikation zu politisch polarisierten Themen	33
2.3.4	Übertragung von COVID-19-Einstellungen auf andere Sachfragen	38
2.4	ZWISCHENFAZIT	39
3	RESÜMEE	41
4	LITERATURVERZEICHNIS	44

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abbildung 1: Experimental-Design zum Perspektivenwechsel	23
Abbildung 2: Abstimmungsverhalten der Befragten in der hypothetischen Volksabstimmung zur Zulassung von selbstfahrenden Autos	24
Abbildung 3: Akzeptanz der Entscheidung und Zustimmung zu den Studienergebnissen	25
Abbildung 4: Einstellungen von Befürworter:innen und Gegner:innen	26
Abbildung 5: Offene Angaben zu Argumenten für (links) bzw. gegen (rechts) Zulassung von selbstfahrenden Autos	27
Abbildung 6: Beurteilung von Pro-Argumenten für die Zulassung von selbstfahrenden Autos	28
Abbildung 7: Beurteilung von Contra-Argumenten für die Zulassung von selbstfahrenden Autos	28
Abbildung 8: Vertrauen in das Beratungsgremium nach Auswahlverfahren und Zusammensetzung	31
Abbildung 9: Vertrauen in das Beratungsgremium nach Arbeitsweise	32
Abbildung 10: Fiktive Social-Media-Postings eines Wissenschafters	34
Abbildung 11: Wahrnehmung des Verhaltens des Wissenschafters	35
Abbildung 12: Einschätzung der Vertrauenswürdigkeit des Wissenschafters	36
Abbildung 13: Einstellungen zum Klimawandel	37

TABELLENVERZEICHNIS

Tabelle 1: Übersicht zu den Interviewpartner:innen und Diskutant:innen	10
Tabelle 2: Attribute und Ausprägungen des Beratungsgremiums	30

EINLEITUNG

Ist Wissenschaftsskepsis ein ernstzunehmendes – und in Österreich womöglich besonders stark ausgeprägtes (Taschwer 2021) – Problem? Blickt man auf die aktuellen Zahlen, fällt die Bilanz ambivalent aus. Einerseits zeigt das ÖAW-Wissenschaftsbarometer, dass rund 70 Prozent der Bevölkerung der Wissenschaft Vertrauen entgegenbringen (Österreichische Akademie der Wissenschaften 2024). Andererseits verweisen aktuelle Eurobarometer-Daten auf eine im internationalen Vergleich auffällig hohe Skepsis: 22 Prozent der Befragten bewerten den Einfluss von Wissenschaft und Technologie auf die Gesellschaft negativ – nur in Rumänien ist dieser Anteil noch höher (European Commission 2025).

Trügt also der Schein eines stabilen Vertrauens in die Wissenschaft? Auch während der Corona-Krise blieben die Vertrauenswerte hoch (Partheymüller et al. 2023: 93). Doch zugleich machten die „Querdenker“-Proteste deutlich, dass gegenüber Wissenschaft und Experten latente Vorbehalte in breiten Bevölkerungskreisen bestehen (Frei et al. 2021). In diesem Sinne lässt sich Wissenschaftsskepsis auch als Krisenphänomen verstehen – eines, das besonders sichtbar wird, wenn wissenschaftliche Fragen ins Zentrum politischer Konflikte rücken. Dabei richtet sich das Misstrauen weniger gegen die Wissenschaft als solche, sondern vor allem gegen ihre politische Vereinnahmung; skeptisch betrachtet wird nicht primär die wissenschaftliche Erkenntnis selbst, sondern der Umgang mit ihr im politischen Raum (Partheymüller et al. 2025). Wo wissenschaftliche Expertise unmittelbar in politische Entscheidungen einfließt und zur Legitimation umstrittener Maßnahmen herangezogen wird, wächst die Sorge vor einem Verlust an Unabhängigkeit und einer einseitigen Einflussnahme. Hinzu kommt: Der Verweis auf „die Wissenschaft“ soll politische Debatten nicht selten gar nicht erst eröffnen, sondern beenden – indem er alternative Sichtweisen delegitimiert und die eigene Position als alternativlos erscheinen lässt.

Gerade die Corona-Krise hat diese Dynamik exemplarisch verdeutlicht. Die Kontrahent:innen in diesen Konflikten mussten sich, da es sich um eine hochgradig verwissenschaftlichte Krise handelte, zur Legitimation ihrer normativen Position auf wissenschaftliche Expertise berufen. So rückte die Wissenschaft zentral in den Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit und wurde selbst zum Gegenstand politischer Kontroversen (Bogner 2021). Ja, mehr noch: Die individuelle Haltung zur Wissenschaft galt bald als verlässlichstes Indiz für den politischen Standpunkt. So wurden Wissenschaft und Politik auf fatale Weise kurzgeschlossen. Auch in anderen Diskussionen, in denen wissenschaftliche Expertise einen zentralen Stellenwert hat, wie z. B. über den Klimawandel oder die Gentechnik, sind ähnliche Muster zu beobachten.

Die Vorstellung, dass wissenschaftliches Wissen zur Lösung gesellschaftlicher Konflikte beitragen könne, ist tief im Selbstverständnis moderner Wissensgesellschaften verankert. Bereits Robert E. Lane (1966) beschrieb die *knowledgeable society* als Ausdruck eines technokratischen Optimismus, der hoffte, politische Auseinandersetzungen durch rationale, empirisch abgesicherte Problemlösungen überflüssig zu machen. Wissenschaft sollte nicht nur Wissen bereitstellen, sondern auch Orientierung stiften und eine gemeinsame Wirklichkeitsgrundlage schaffen, auf die man sich trotz unterschiedlicher Interessen verständigen kann. Diese Erwartung prägt bis heute den öffentlichen Diskurs. Doch insbesondere die Pandemie hat gezeigt, wie schnell die Orientierungs- und Integrationsfunktion der Wissenschaft an Grenzen stoßen kann. Vor diesem Hintergrund ergeben sich zwei grundsätzliche Fragestellungen: (1) Warum trägt eine Verwissenschaftlichung von Konflikten nicht zu deren Lösung bei? (2) Und wie lässt sich – auch mit Blick auf zukünftige Herausforderungen – ein konstruktiver politischer Dialog über wissenschaftsbasierte Themen dennoch stärken?

Die vorliegende Studie nimmt diese Problemstellung aus zwei Perspektiven in Angriff. Im ersten Teil (Kapitel 1) wird im Rückblick auf die Corona-Krise genauer dargestellt, warum sich die Hoffnung, gesellschaftlichen Konsens durch den politischen Bezug auf wissenschaftliche Evidenz herzustellen, nicht erfüllte. Basierend auf Fokusgruppen und qualitativen Interviews werden zwei zentrale Dynamiken sichtbar: Erstens berufen sich alle Seiten auf epistemische Autoritäten. Wo institutionell anerkannte Instanzen fehlen – etwa bei Impfgegner:innen und Wissenschaftsskeptiker:innen – wird der Konflikt selbst zum Mittel, um Autorität situativ zu behaupten. Zweitens fördert die Bezugnahme auf Wissenschaft den Eindruck von

einer „gespaltenen Gesellschaft“ und die Herausbildung kollektiver Identitäten, in denen das Selbstverständnis als marginalisierte Protestbewegung eine zentrale Rolle spielt. Diese Einsichten dämpfen die Hoffnung, eine sachliche Aufarbeitung könne zu einer gemeinsamen Sichtweise oder Konfliktbefriedung beitragen. Im Gegenteil: Sie legen nahe, dass sich diese Konfliktdynamiken auch auf andere Themenfelder übertragen können.

Im zweiten Teil (Kapitel 2) richtet sich der Blick auf zukünftige Herausforderungen und die Frage, unter welchen Bedingungen ein konstruktiver Diskurs über wissenschaftsbasierte Themen gelingen kann. Drei Survey-Experimente zeigen, wie sich das Vertrauen in die Wissenschaft und ihre Erkenntnisse auf verschiedenen Wegen stärken lassen – und wo die Grenzen solcher Bemühungen liegen. Eine solche Grenze tritt im ersten Experiment klar zutage: Der Versuch, durch einen Perspektivenwechsel – verstanden als bewusste Auseinandersetzung mit den Argumenten der Gegenseite – einen Konsens zu fördern, stößt jedoch an Grenzen. Das zweite Experiment hingegen identifiziert die institutionellen Rahmenbedingungen der wissenschaftlichen Politikberatung als einen potentiellen Ansatzpunkt: Von zentraler Bedeutung ist, wer die beratenden Expert:innen auswählt – die Regierung oder die Wissenschaft selbst. Zur Glaubwürdigkeit tragen außerdem eine plural besetzte Expert:innenrunde und Transparenz im Beratungsprozess bei. Das dritte Experiment schließlich zeigt, dass auch der Kommunikationsstil der Expert:innen eine wichtige Rolle spielt: Vertrauen entsteht dort, wo sie nicht als missionsgetriebene Aktivist:innen auftreten, sondern als bescheidene Berater:innen, die der Politik verschiedene, gut begründete Handlungsoptionen eröffnen. Allerdings haben Expert:innen im Fall stark politisierter Wissenschaftsthemen sowieso einen schweren Stand, wie der Vergleich mit politisch unbelasteten Themen zeigt. Die zentralen Ergebnisse dieser quantitativ-qualitativen Studie werden am Ende noch einmal kurz resümiert (Kapitel 3).

Diese Studie wurde 2024 als Fortsetzung der von der Bundesregierung initiierten Corona-Aufarbeitung (Bogner 2023), in deren Rahmen das Thema Wissenschaftsskepsis bereits prominent behandelt wurde, durchgeführt. Das Corona-Folgeprojekt verdankt sich einer Kooperation zwischen der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW), der Universität Wien und der Wirtschaftsuniversität Wien. Unter der Projektleitung von Alexander Bogner haben zwei Forschungsteams in enger inhaltlicher Abstimmung das Phänomen Wissenschaftsskepsis bearbeitet. Das erste Team – spezialisiert auf qualitative Methoden – wurde von Katharina Miko-Schefzig (WU Wien) und Michaela Pfadenhauer (Universität Wien) geleitet, das zweite – quantitativ arbeitende – Team von Julia Partheymüller (Universität Wien). In methodischer Hinsicht liegt demnach der Anspruch auf Originalität dieser Studie in der engen Verzahnung von qualitativer Methodik mit einem quantitativ-experimentellen Design. Finanziert wurde diese Arbeit aus öffentlichen Mitteln, die der ÖAW für die Intensivierung ihrer Forschung über die Corona-Krise zur Verfügung gestellt wurden.

1 WARUM EINE VERWISSENSCHAFTLICHUNG VON KONFLIKTEN NICHT ZU DEREN LÖSUNG BEITRÄGT

1.1 ZIELSETZUNG UND FORSCHUNGSFRAGEN

Im Kontext der COVID-19-Pandemie wurden wissenschaftliche Erkenntnisse zur maßgeblichen Ressource der politischen Krisenbearbeitung – und zum Gegenstand öffentlicher Kontroversen. Diese enge Verknüpfung von Wissenschaft mit einer Politik, die tief in den Alltag der Menschen eingriff, rückte die Wissenschaften stärker in den Fokus des medialen Diskurses und machte sie dadurch zugleich verstärkt zur Zielscheibe öffentlicher Kritik. In Österreich äußerte sich diese Kritik in teilweise wütenden Protesten gegen die von Expert:innen gestützten Pandemiemaßnahmen im Allgemeinen und der Impfung im Besonderen. Die damit einhergehenden Konfliktlinien prägten den politischen und öffentlichen Diskurs der COVID-19-Pandemie. Wissenschaftsskepsis wurde zu einem sichtbaren Phänomen wie nie zuvor.

Diese qualitative Teilstudie fragt danach, welche Rolle Konflikte und Krisenerzählungen für die Konstituierung von Wissenschaftsskepsis spielen. Dahinter steht die Annahme, dass die politischen Konflikte in der Pandemie über weite Strecken als Konflikte um das bessere Wissen ausgetragen wurden. Wer politisch wirklich überzeugen wollte, musste auf relevante Expert:innenstimmen verweisen können. Dies galt auch für jene, die die Maßnahmen der Regierung radikal ablehnten. Das heißt, es muss so etwas wie „epistemische Gegenautorität“ aufgebaut werden, auf die sich die radikalen Impfgegner:innen und Maßnahmenkritiker:innen berufen können. Diese Autorität muss stabilisiert und auf Dauer gestellt werden, wenn politische Konflikte vorwiegend als Wissenskonflikte ausgetragen werden. Die Frage ist außerdem, wie dieser Zwang zur Stabilisierung epistemischer Autorität die Wahrnehmung und Bearbeitung anderer Krisenthemen prägt.

Aus diesem Problemaufriss ergeben sich folgende Fragen, deren Beantwortung mithilfe qualitativer Methoden der empirischen Sozialforschung erfolgt ist:

1. **Epistemische Autorität:** Wie wird epistemische Autorität hergestellt und welche Rolle spielt sie in Krisen? Und auf welche Form epistemischer Autorität können sich Wissenschaftsskeptiker:innen berufen?
2. **Gespaltene Gesellschaft:** Welche Rolle spielt das Deutungsmuster einer gespaltenen Gesellschaft für die Wissenspolitik der Maßnahmengegner:innen in der Pandemie? Und welche Rolle spielt es darüber hinaus in anderen Krisen?
3. **Konstruktiver Dialog:** Wie stehen die Chancen auf einen konstruktiven Dialog vor dem Hintergrund unserer Analyse? Gibt es Formen der Auseinandersetzung, die die Gefahr der Polarisierung reduzieren?

1.2 METHODIK

1.2.1 FORSCHUNGSDESIGN

Zur Beantwortung der Forschungsfragen wurden im Rahmen dieser Corona Folgestudie insgesamt 12 qualitative Leitfaden-Interviews (siehe Tabelle 1) durchgeführt und interpretiert (nach Froschauer & Lueger 2024). Die durchschnittliche Interviewdauer lag bei 60 Minuten. Die Stärke der qualitativen Interviews liegt darin, individuelle Vorstellungen und Überzeugungen, die im Alltag handlungsleitend aber nicht unbedingt reflexiv verfügbar sind, rekonstruktiv erschließen zu können. Zu diesem Zweck sind längere, zusammenhängende Schilderungen der Befragten von großer Bedeutung. Um diese Schilderungen hervorzurufen, bedarf es offener Fragen und einer nicht-direktiven Gesprächsführung.

Tabelle 1: Übersicht zu den Interviewpartner:innen und Diskutant:innen

Person	Gender	Alter	Beschäftigung	Wohnort	Erstes	Zweites	Erste	Zweite
					INTERVIEW		FOKUSGRUPPE	
1	w	Mitte 20	Studierend	Österreich Stadt	Feb. 22	Mai. 24		
2	w	Mitte 30	Sprachwissenschaftlerin/ Schriftstellerin	Schweiz Stadt	Dez. 21	Feb. 23		
3	m	Mitte 20	Studierend	Österreich Stadt	Feb. 22	Feb. 23		
4	w	etwa 50	Selbstständig in der freien Wirtschaft	Österreich Stadt	Feb. 22	Jän. 23		
5	w	etwa 60	Selbstständig im Gesundheitssektor	Österreich Stadt	Mär. 22	Jän. 23		
6	w	Mitte 60	Pensionierte Lehrerin	Österreich Stadt	Mär. 23	Jän. 24	Jun. 24	Dez. 24
7	m	Mitte 40	Allgemeinmediziner	Österreich Stadt	Mär. 23	Mai. 24	Jun. 24	
8	m	etwa 60	Pensionierter Verkäufer	Österreich Land	Mai. 24		Jun. 24	
9	m	etwa 60	Langzeitarbeitslos	Österreich Stadt	Mai. 24		Jun. 24	Dez. 24
10	w	40	Lehrerin	Österreich Stadt			Jun. 24	Dez. 24
11	m	etwa 50	Großhandelskaufmann	Österreich Stadt			Jun. 24	Dez. 24
12	m	etwa 40	Professor	Österreich Stadt			Jun. 24	Dez. 24

Ergänzend zu den Interviews wurden zwei vignettenbasierte Fokusgruppen (Miko-Schefzig 2022) mit weitgehend identischen Teilnehmer:innen durchgeführt; beim zweiten Termin nahmen zwei Personen der ursprünglich siebenköpfigen Gruppe nicht teil. Bei den Fokusgruppen haben wir versucht, uns die gruppendynamischen Prozesse zur Bearbeitung unserer Forschungsfragen zunutze zu machen. Gerade da, wo es zu konfrontativen Auseinandersetzungen kommt, ergibt sich die Möglichkeit für die Gesprächsteilnehmer:innen, die eigene Position in Abgrenzung zu anderen deutlich zu machen. Ergänzend hierzu bot der zweite

Fokusgruppentermin die Möglichkeit, die Diskussionsteilnehmer:innen mit ihren eigenen Positionen und Aussagen aus dem ersten Gruppengespräch zu konfrontieren und dadurch vertiefte Reflexionsprozesse anzustoßen. Darüber hinaus lassen sich im Kontext solcher Gruppendiskussionen auch Hinweise darauf finden, welche Verständigungsmöglichkeiten eine Interaktion unter Anwesenden schafft.

Die qualitative Erhebung knüpft an das WU-Projekt „Life-worlds meet Life Science in Public Health and Social Measures“ (LiLi) an (Miko-Schefzig et al. 2023; Pfadenhauer et al. 2024), im Rahmen dessen bereits einige Interviews durchgeführt wurden. Im Rahmen des Corona-Folgeprojekts wurden zusätzliche Interviews und die beiden Fokusgruppen durchgeführt.

1.2.2 SAMPLING UND DATENERHEBUNG

Für die Zusammensetzung der beiden Fokusgruppen wurde aufgrund des schwierigen Feldzugangs die Strategie des *convenient sampling* (Etikan et al. 2015) gewählt. Es wurden persönliche Netzwerke genutzt, um Personen mit einer besonders kritischen Haltung gegenüber staatlichen Maßnahmen während der Pandemie zu identifizieren. Im Sinne einer typisierenden Auswahl (Miko-Schefzig 2022) wurden auch Personen mit unterschiedlichem Bildungsstatus und ideologischem Hintergrund eingeladen. Letztlich setzte sich die Fokusgruppe aus fünf Maßnahmenskeptiker:innen und zwei Befürworter:innen zusammen, nämlich einem Großhandelskaufmann und einem Professor für Pandemie-Mathematik. Letztere stellten interessante Gegenpole zu den Maßnahmegegner:innen dar, da sie sich durch ihre besondere ideelle und berufliche Nähe zum wissenschaftlichen Betrieb auszeichnen.

Moderiert wurden die beiden Fokusgruppen (jeweils 2 Stunden) von zwei Mitgliedern des Forschungsteams; zwei weitere Mitglieder kümmerten sich um die Verpflegung der Teilnehmenden und dokumentierten informelle Gespräche und Interaktionen während der Pausen in ethnographischen Protokollen (Spradley 1979). Außerdem wurden die Gespräche sowohl als Audiodatei als auch als Video aufgezeichnet und im Anschluss transkribiert. Durchgeführt wurden die Diskussionsrunden in den Räumlichkeiten der Wirtschaftsuniversität Wien. Während in der ersten Diskussionsrunde thematisch die Pandemie im Mittelpunkt stand, ging es in der zweiten Runde vor allem um klimapolitische Maßnahmen.

1.3 ERGEBNISSE

1.3.1 DIE NOTWENDIGKEIT EPISTEMISCHER AUTORITÄT

Nach Knobloch (2023) hat sich während der Corona-Pandemie ein „(Nicht-)Wissensregime“ herausgebildet, in dem sich eine Hierarchie von Wissensformen abbildete. Das heißt, in diesem Regime wurden bestimmte Wissensformen privilegiert und Akteure durch Institutionalisierung legitimiert. So nahm naturwissenschaftliches und medizinisches Wissen in der Pandemiebearbeitung eine Sonderstellung ein, während etwa sozialwissenschaftliche Expertise lange Zeit zweitrangig blieb. Damit einher ging eine Steigerung der Sichtbarkeit von (bestimmten) Wissenschaftler:innen im öffentlichen Diskurs – sie traten als epistemische Autoritäten in Erscheinung.

Dies hat natürlich damit zu tun, dass die meisten Krisen nicht wie Naturkatastrophen über die Gesellschaft hereinbrechen, sondern vielmehr von der Wissenschaft vorweggenommen werden. Krisen wie die Pandemie oder die globale Erwärmung werden durch wissenschaftliche Konzepte antizipiert, präfiguriert und damit sinnhaft gedeutet. Die Wissenschaft entscheidet auf diese Weise, was das konstitutive Problem ist, wer über krisenrelevante Expertise verfügt und wie breit der politische Handlungskorridor ist (Bogner, 2021). Die meisten Krisen in modernen Gesellschaften sind also hochgradig verwissenschaftlicht; jede Krisenpolitik ist daher auf die Mobilisierung epistemischer Autoritäten angewiesen.

Auch in unseren Interviews berufen sich Maßnahmenkritiker:innen anerkennend auf epistemische Autoritäten. Allerdings handelt es sich im Unterschied zu den anerkannten naturwissenschaftlichen und medizinischen Expert:innen um Personen, die sich durch eine besonders ablehnende Haltung gegenüber den Maßnahmen während der Pandemie auszeichnen, ohne jedoch über facheinschlägige Expertise oder sachhaltige Gegenexpertise zu verfügen. Wir sprechen im Hinblick auf diese Gruppe von epistemischen „Gegenautoritäten“ oder Pseudoexpert:innen. Für unsere Interviewpartner:innen ist es dabei von besonderem Interesse, dass diese epistemischen Gegenautoritäten institutionelle Wurzeln im akademischen Bereich haben. So betonen sie z. B. deren aktuelle oder frühere Tätigkeiten als Wissenschaftler:innen oder Ärzt:innen, ohne freilich darauf einzugehen, ob sich mit diesen Tätigkeiten pandemiespezifische Expertise verbindet.

Interviewperson 6: *„Na ja, es kommt jetzt am im Februar irgendwann, ahm, Wolfgang Wodarg nach Wien. Den kennst du vielleicht vom Hören und Sagen, der hat damals, das war so für mich sozusagen, äh, der erste in meiner Wahrnehmung, der sich irgendwie klar positioniert hat und ausgesprochen hat: Was machen alle diese Maßnahmen mit der Gesundheit und was machen sie mit der Gesellschaft? Und das ist ein deutscher Arzt.“ (P: 6, I: 2, Z: 42-26)*

Wie diese Passage andeutet, liegt die Bedeutung dieser Gegenautoritäten – mangels einschlägiger Expertise – wahrscheinlich gar nicht in der wirksamen Infragestellung einzelner epidemiologisch begründeter Maßnahmen. Ihre Funktion scheint vielmehr darin zu liegen, den Krisenblick für Alternativen zu öffnen: Was machen die Maßnahmen „mit der Gesundheit“ und „der Gesellschaft“? Im Prinzip bedarf es keiner medizinischen Qualifikation, um eine solche Frage zu formulieren. Der Hinweis darauf, dass es sich um einen „deutschen Arzt“ handelt, zeigt jedoch, wie wichtig epistemische Gegenautoritäten in verwissenschaftlichten Krisen sind.

Diese Zunahme an Anerkennung während der Corona-Pandemie wird auch von den Gegen- oder Pseudoexpert:innen selbst festgestellt. Als Teilnehmer auf den Demonstrationen der Anti-Corona-Bewegung erlebt sich beispielsweise ein von uns interviewter Arzt als relevanter Akteur innerhalb seiner Lebenswelt, der *„Eindruck (...) auf etliche Leute“* (P: 11, I: 2, Z: 651) hinterlässt. Doch wie können diese epistemischen „Gegenautoritäten“ ihre Autorität erhalten – über die Pandemie hinaus? Schließlich verdanken sie ihre Autorität der Tatsache, dass es sich bei der Pandemie um eine hochgradig verwissenschaftlichte Krise handelt, in der normativen Position ihren maßgeblichen Rückhalt auf epistemischer Ebene suchen. Wie unsere Forschung zeigt, suchen die „Gegenexpert:innen“ gezielt Gelegenheiten zur Aktualisierung ihrer Autorität, da diese weder institutionell noch auf Basis wissenschaftlich anschlussfähiger Forschung stabilisiert werden kann. Mit anderen Worten: Ihre Autorität muss sich immer wieder situativ bewähren oder reaktualisieren, und deshalb sind sie darauf angewiesen, dass weiterhin über die Pandemie gesprochen wird, dass Corona ein gesellschaftliches Thema bleibt.

1.3.2 „GESPALTENE GESELLSCHAFT“: ZUR REAKTUALISIERUNG VON „GEGENAUTORITÄT“

In der Pandemie ist das Narrativ einer „gespaltenen Gesellschaft“ medial prominent geworden, und daran hatte die moralisierende Kommunikation im Kontext der Impfpflicht einen entscheidenden Anteil (Bogner & Albiez 2023). Mit der stereotypen Unterscheidung zwischen den „Geimpften“ und „Ungeimpften“ entstand der Eindruck, dass die Gesellschaft in zwei weltanschaulich völlig konträre Lager zerfallen sei. Diese Vorstellung einer gespaltenen Gesellschaft hat letztlich auch zur Initiative der österreichischen Bundesregierung beigetragen, die Pandemie mittels sozialwissenschaftlicher Forschung aufzuarbeiten (vgl. Bogner 2023).

Im Folgenden werden wir das bekannte Deutungsmuster einer „gespaltenen Gesellschaft“ auf neuartige Art und Weise interpretieren. Dabei setzen wir voraus, dass dieses Deutungsmuster unterschiedlichen Funktionen dient. Eine wesentliche Funktion, so unsere These, erhält dieses Deutungsmuster mit Blick auf die

oben beschriebene Notwendigkeit der Reaktualisierung von epistemischer Autorität. Das heißt, drohenden Autoritätsverlusten begegnen Gegen- oder Pseudoexpert:innen, indem sie die Pandemie als eine nach wie vor virulente Konfliktsituation deuten, wobei die Konfliktaustragung jener in der Pandemie etablierten Logik von Wissenskonflikten zu folgen habe. Man könnte auch sagen: Diese „Gegenautoritäten“ profitieren von einer Situation, in der die Pandemie als unaufgearbeitet gilt und der Glaube an das Weiterbestehen ideologischer Gräben fortlebt. Denn auf diese Weise hat ihre „Expertise“ nach wie vor gesellschaftliche Relevanz. Aufgrund dieser Konstellation, so ließe sich schlussfolgern, stehen die Chancen für eine wirkliche „Aufarbeitung“ oder Überwindung der Krise eher schlecht. Denn dagegen stehen eben die Eigeninteressen jener epistemischen Autoritäten, denen die spezifische Konfliktstruktur der Pandemie überhaupt erst Autorität verschafft hat. Um ihren „Expert:innenstatus“ behaupten zu können, müssen die Konflikte ungelöst bleiben.

Um unsere These zu belegen, werden wir im Folgenden Strategien zur Reproduktion dieses Deutungsmusters einer gespaltenen Gesellschaft in einer „Mit-Corona Gesellschaft“ (Pfadenhauer 2021) rekonstruieren. In den folgenden beiden Abschnitten werden wir dieses Deutungsmuster näher charakterisieren und zeigen, welche Faktoren zu dessen Stabilisierung beitragen.

DIE (INTENDIERTE) SPALTUNG DER GESELLSCHAFT

Das zentrale Deutungsmuster, das sich in allen unseren Interviews und Fokusgruppen wiederfindet (aber natürlich auch darüber hinaus im öffentlichen Diskurs), lautet: Wir leben in einer *gespaltenen Gesellschaft*. Die Corona-Krise, so die gängige Deutung, habe diese Spaltung hervorgerufen oder zumindest massiv verschärft. Zu betonen ist an dieser Stelle, dass wir diese Deutung zum Ausgangspunkt unserer weiteren Analyse machen werden, ohne sie zu bewerten. Im Kontext der Rede von einer gespaltenen Gesellschaft entstehen zwei sich konträr gegenüberstehende Lager, die scheinbar *„keine gemeinsame Sprache mehr“* sprechen, vielmehr *„komplett unterschiedliches Vokabular“* verwenden:

Fokusgruppenmitglied 3: *„(...) und ich glaube, dass das ein ganz zentraler Grundpunkt ist, der die Kommunikation dazu erschwert, wenn schon, quasi, wenn es keine gemeinsame Sprache mehr gibt und somit aber auch keinen gemeinsamen Kontextbereich, in dem man die Dinge in ihre Verhältnisse setzen kann. (...) Und solange wir diese Verhältnismäßigkeit uns nicht erarbeiten, ja, die ganz unterschiedlich, ja, so wahnsinnig massiv unterschiedlich gesehen wird, ja, auf Basis von einem komplett unterschiedlichen Vokabular, ja?“*
(FG: 1, Z: 772-783)

Hier wird das Bild zweier Gruppen gezeichnet, die unterschiedliche Sinnlogiken, Begriffsdefinitionen sowie Erkenntnisquellen vertreten. Wie dieser *„gemeinsame Kontext-Bereich“*, also der gemeinsame epistemische Referenzbereich, angestrebt werden kann, bleibt vage. Denn die Vorstellung von einer (intendiert) gespaltenen Gesellschaft bleibt abstrakt. Sie wird auch bei Berücksichtigung unseres weiteren empirischen Materials nicht sehr viel konkreter; es gibt einfach irgendetwas, das scheinbar unüberwindbar voneinander trennt. Was genau das inhaltlich Trennende zwischen den zwei Positionen ist, ist oft irrelevant bzw. soll erst gar nicht vertieft werden – wichtig ist es, dieses Trennende an und für sich zu betonen und damit zu reproduzieren. Das hohe Abstraktionslevel dient der Aufrechterhaltung des Deutungsmusters, auch nach dem Ende der COVID-19-Pandemie. Sie erlaubt es, das Bild einer gespaltenen Gesellschaft auch auf anschlussfähige Themen wie den Ukraine-Krieg oder den Klimawandel zu übertragen.

Im Rahmen dieser Vorstellung sind die Gräben so tief und unüberwindbar, dass Verständigung und Dialog kaum noch möglich sind. Während man also scheinbar Opfer einer „von oben“ geplanten Spaltung ist, hält man sie gleichzeitig selbst aufrecht. Das Narrativ einer politisch intendierten Polarisierung der Gesellschaft, das wir unter den befragten Maßnahmenkritiker:innen beobachten konnten, besagt, dass nicht der Schutz der Bürger:innen, sondern die Spaltung die Konsequenz – wenn nicht sogar Ziel – der Corona-Politik, der Medien und der Pharmaindustrie war.

Fokusgruppenmitglied 7: „Nein, ich wollte nur sagen, dass Corona für mich auch ein bisschen so ein Testlauf war: Wie kann man, sozusagen, die Solidarität in der Gesellschaft untergraben? Also wie kann man, sozusagen, die Menschen gegeneinander positionieren? Und das geht ja jetzt weiter mit anderen Themen, wie wir wissen, ja?“ (FG: 1, Z: 845-850)

Pandemische Maßnahmen sind in dieser Lesart politische Mittel, um „die Solidarität (...) [zu] untergraben“. Als zentrale Drahtzieher werden staatliche Institutionen und Großkonzerne genannt, die mit der Politik, den Medien und der Wissenschaft verwoben sind. Diese Akteur:innen werden als Teil eines größeren Kontrollsystems wahrgenommen, welches gesellschaftliche Entwicklungen orchestriert und alle anderen Meinungen unterdrückt – mit der Folge, dass eine generalisierte Institutionenskepsis absolut gerechtfertigt erscheint. Dies bringt die folgende Passage beispielhaft zum Ausdruck:

Fokusgruppenmitglied 3: „Also, dass man sowohl der Legislative, der Exekutive und auch der Judikative nicht mehr vertrauen kann und (es) auch die Meinungsfreiheit nicht mehr gibt. Und wenn das, das ist aus meiner Sicht quasi die Basis, Basis, Basis eines demokratischen Systems.“ (FG: 1, Z: 1243-1256)

DER (UNGLEICHE) KAMPF UMS WISSEN

Zur Prolongierung des Konflikts trägt nicht nur das Eigeninteresse epistemischer „Gegenautoritäten“ bei, sondern auch die grundlegende Tatsache, dass die Auseinandersetzungen um die richtige Corona-Politik überwiegend als Konflikte um das bessere Wissen ausgetragen werden. Auf diese Weise wird vor allem darüber gestritten, wer die richtigen Zahlen und Daten kennt, wer über sachhaltige Expertise verfügt und wer wirklich einschlägig informiert ist (Bogner 2021). Entscheidend wird dann auf persönlicher Ebene, wer wem legitimerweise einen Informations- oder Wissensmangel vorwerfen kann. Dass diese Form der Konfliktaustragung letztlich die Vorstellung von einer gespaltenen Gesellschaft unterstützt, zeigt unsere empirische Forschung.

In den Augen der Maßnahmenkritiker:innen erscheint der Konflikt schon deshalb als unlösbar, weil es systematische und unüberwindliche Wissensasymmetrien zwischen den beiden Lagern gebe. Diese Asymmetrie wird als Folge verstärkter Informationspflichten für diejenigen gedeutet, die sich gegen die Corona-Politik (und insbesondere gegen den Impfwang) stellen. Es gibt dieser Deutung zufolge also ein Ungleichgewicht in der Notwendigkeit der Informationsbeschaffung und folglich auch im Wissensstand. Die „Kritiker:innen“ sind demzufolge den „Befürworter:innen“ weitaus überlegen, und es kann auch keine Einigung in Form von Kompromissen geben, schließlich geht es um „die Wahrheit“. Information (und Wahrheit) wird hier als ein objektives Faktum betrachtet, das man entweder besitzt oder nicht. Entsprechend kann die Position der Impf- und Maßnahmenbefürworter:innen aus der Perspektive der Skeptiker:innen nur auf fehlendes Wissen zurückgeführt werden:

Interviewperson 2: „Und dann merke ich so, ja die, die einfach geimpft sind und die ihr Leben normal weiterführen, die haben halt gar nicht dieses Interesse, immer mehr wissen zu wollen. Weil sie sind jetzt in der bequemen Lage, sie müssen gar nicht ständig schauen, hey, wo stehe ich jetzt überhaupt. Und das gibt ein enormes Ungleichgewicht von Informiertheit und ich finde das Gespräch sehr erschwert. (...) Die, die geimpft haben und jetzt einfach mit diesem 2G ihr Leben weiterleben, die haben ja gar keinen Grund sich weiter zu informieren.“ (P: 2, I: 1, Z: 224-247)

Betont wird in diesem Zitat zum einen die asymmetrisch verteilte Informationspflicht, die für den Sprechenden auch das gesellschaftliche Kräfteverhältnis widerspiegelt: Wer gegen die Corona-Politik ist, muss besser informiert sein, muss mehr wissen. Die daraus folgende Hierarchie zwischen Besserwissenden (den „Kritiker:innen“) und Ahnungslosen (der „unkritischen“ Mehrheit) erklärt die Zwangsläufigkeit einer gesellschaftlichen Spaltung: Man kann nicht mehr vernünftig miteinander reden, weil das Niveau der Expertise zwischen den beiden Gruppen so ungleich ist. Die Deutung des Konflikts als Wissenskonflikt trägt also zu dessen Stabilisierung bei.

Dass Wissenskonflikte sich leicht aufheizen können, zeigt sich daran, dass Informiertheit bzw. Intelligenz zu maßgeblichen Kriterien legitimer Konflikteilnahme werden. Wer aus der Perspektive der Gegenseite die „falsche“ Position vertritt, folgt nicht einfach anderen Interessen oder Überzeugungen, sondern ist nicht bereit, relevantes Wissen zur Kenntnis zu nehmen – oder gilt schlichtweg als beschränkt. Dass dies insbesondere für die Impfgegner:innen im Corona-Alltag eine Belastung darstellte, wurde in den Fokusgruppen immer wieder thematisiert. Die Kritiker:innen sahen sich auf vielfältige Weise herabgesetzt – vor allem aber als „dumm“ abqualifiziert:

Person 3: „Und es war aus meiner Sicht massiv einseitig, ja, also quasi, Menschen, die Maßnahmen gegenüber kritisch waren, waren quasi eben von rechtsradikal, allgemeine Impfgegner, Wissenschaftsfeinde, asozial ...“

Person 6: „Dumm.“

Person 2: „Dumm.“

Person 3: „Dumm, genau. Und dann auch unsolidarisch. Eine lange, lange ... Verbrecher, genau, ganz viele, ja.“

Person 6: „... unsolidarisch.“ (mehrere Personen reden durcheinander)

Person 2: „... Massenmörder.“ (FG: 1, Z: 326-347)

In dieser Passage greifen die drei Gesprächsteilnehmer:innen die aus ihrer Perspektive zentralen Stereotype auf, mit denen die Kritiker:innen während der Pandemie charakterisiert wurden. Es handelt sich um soziale („unsolidarisch“), politische („rechtsradikal“) und epistemische („Wissenschaftsfeinde“) Attribute. Im Mittelpunkt steht jedoch der Vorwurf der „Dummheit“. Alle drei Gesprächspartner:innen wiederholen unisono, dass Kritik an den Maßnahmen mit verminderter Intelligenz gleichgesetzt wurde. Von diesem Vorwurf haben sich unsere Gesprächspartner:innen dezidiert abgegrenzt, indem sie positiv besetzte Gegenpositionen entwickelt haben: Sie verstanden sich als systemkritische Freigeister und Widerstandskämpfer („Aufgewachte“) in scharfem Kontrast zu den leicht zu kontrollierenden, durch Angst gesteuerten Regierungshörigen („Schlafende“). Doch wer auch immer die Dummen sind – eine Konfliktlösung gerät durch den Fokus auf epistemische Aspekte außer Reichweite, denn: Wie soll man sich mit jenen verständigen (z. B. über die Notwendigkeit von Maßnahmen oder einer Corona-Aufarbeitung), denen man eine verminderte Intelligenz attestiert?

Wissenskonflikte erstrecken sich allerdings nicht nur auf die Ebene der Verarbeitung oder Verwertung von Informationen, sondern, grundsätzlicher noch, auch auf die Ebene des Zugangs zu Informationen und der Einschätzung von Validität. Dies wird in der folgenden Passage deutlich:

Person 1: „Es durfte ja gar nicht diskutiert werden! (...) Und wie es der Herr W. gesagt hat: Diese Maßnahmen dürfen nicht hinterfragt werden. Entschuldigung, aber Demokratie und nicht hinterfragt? Kritische Gedanken waren verboten, so habe ich das gesehen.“

Person 5: „Das ist, vielleicht habe ich das Glück gehabt, dass wir in der Familie oder in diesem Umfeld so immer noch Diskussion geführt hatten. Was mir da...“

Person 1: „Die Öffentlichkeit hat es verboten.“ (FG: 1, Z: 253-269)

„Die Öffentlichkeit“ erscheint hier in der vagen Figur eines nicht weiter definierten Kollektivakteurs, der aktiv und zielgerichtet in die Gesellschaft eingreifen und dabei sogar kritische Gedanken verbieten kann. Das Verdrängen von kritischen Stimmen als bewusste und zielgerichtete Maßnahme zur Steuerung sowohl der Gesamtgesellschaft als auch der einzelnen Individuen – dies ist in den Augen der Kritiker:innen eines der zentralen Spaltungsmechanismen in der öffentlichen Diskussion. Da sich diese „Verdrängungsleistung“ vor allem im medialen Diskurs vollzieht, kommt zwangsläufig der ORF als maßgeblicher Akteur der Spaltung prominent ins Bild:

Fokusgruppenmitglied 2: *„(...) ORF, ORF hunderttausend Prozent, drum will ich diese Haushaltsabgabe nicht zahlen, ich bin so grantig. Also ORF war für mich der Hauptakteur, besonders in meiner Familie am Land, also die waren alle nur glued to the TV und haben alles wiederholt, einfach, und ich konnte mir das einfach nicht anschauen, weil das für mich so offensichtlich war, was da alles gestelzt ist.“ (FG: 1, Z: 1084-1088)*

„Mainstream-Medien“ wie der ORF gelten in dieser Perspektive also als wesentliche Agenten gesellschaftlicher Fremdsteuerung. Die Redewendung „*Glued to the TV*“ („an den Fernseher gefesselt“) betont die Abhängigkeit der Familie vom ORF, wodurch kein freier Gedanke mehr möglich ist: Alles, was der ORF meldete, wurde „*einfach wiederholt*“. Auch hier lässt sich wiederum beobachten, dass die Skeptiker:innen von einer Überlegenheit ihrer eigenen Wissensbestände ausgehen, denn für die Diskutant:innen war die Falschinformationen aufgrund ihres exklusiven Mehr-Wissens „*offensichtlich*“. Was die Diskutant:innen hier also trennt, ist das Problem einer politisch oder medial gesteuerten Informationsselektion. Gibt es eine zentrale Instanz, die darüber bestimmt, was wir wissen können? Diese Frage wird genau von jenen verneint (nämlich den „Maßnahmenbefürworter:innen“), denen die „Kritiker:innen“ mangelnde Informiertheit attestieren. Man kann vermuten, dass der von den „Kritiker:innen“ so stark wahrgenommene Zwang zur besseren Informiertheit den Eindruck unterstützen muss, dass einschlägige Informationen gar nicht verfügbar seien. Die fixe Vorstellung einer manipulierten Informationsverknappung wäre dann Ausdruck einer (Selbst-)Überforderung der „Kritiker:innen“, die sich aus der Struktur von Wissenskonflikten ergibt. Die Gegenseite hingegen (die „Maßnahmenbefürworter:innen“) können mangels ausgeprägter Informiertheitspflicht entspannt darauf hinweisen, dass jede Information verfügbar sei, so man sich nur bemühe:

Fokusgruppenmitglied 5: *„Wogegen ich mich verwehre ist dieses: Information ist nicht verfügbar. Weil das ist in unterschiedlichen Fällen definitiv der Fall, man muss sich halt nur bemühen.“ (FG: 1, Z: 878-880)*

Eine politisch motivierte Instrumentalisierung und Manipulation von Medien und Wissenschaft wird hier klar ausgeschlossen. Um an bestimmte Informationen zu kommen, müsse man sich stattdessen „*nur bemühen*“. Diese Annahme impliziert Selbstverantwortung bei der Informationsbeschaffung und setzt eine kritische Beurteilungsfähigkeit von Informationen voraus. Es führt außerdem zu einer Kernfrage der Diskussion, die weiter unten vertieft werden soll, nämlich ob man einer systemischen Fremdsteuerung ausgeliefert ist oder ob man auch innerhalb eines gesellschaftlichen Systems selbstverantwortlich Entscheidungen treffen kann.

1.3.3 „TRAVEL OF IDEAS“: ÜBERTRAGUNG DES DEUTUNGSMUSTERS AUF ANDERE THEMENFELDER

Die oben beschriebene Vorstellung, die Krisenpolitik diene nicht dem Schutz der Bürger:innen, sondern vielmehr dem Ziel gesellschaftlicher Spaltung, lässt sich auf andere Krisenkonstellationen übertragen. Auch klimapolitische Maßnahmen können als Mittel zum Zweck dieser Spaltung interpretiert werden. Wir gehen also davon aus, dass Überzeugungen, die das beschriebene Deutungsmuster charakterisieren, also auf eine Reise gehen können: Sie suchen anschlussfähige Themen und haben dadurch Bestand. Das Konzept der „travels of ideas“ (Miko-Schefzig & Pfadenhauer 2024) ist daher hilfreich, um nachzuvollziehen, welche Vorstellungen bei der Deutung aktueller Debatten wirken und wie sich diese dabei verfestigt haben.

DAS TRENNENDE BLEIBT: VON DER PANDEMIE ZUM KLIMAWANDEL

Wie bereits beschrieben drohen den epistemischen „Gegenautoritäten“ nach Ende der Pandemie Anerkennungs- und Autoritätsverluste. Um dieser Gefahr entgegenzuwirken, wird das Deutungsmuster einer gespaltenen Gesellschaft auf aktuelle Krisen und Konflikte übertragen. Dies ist möglich, weil die Relevanz dieses Deutungsmusters weniger darin liegt, *was* getrennt wird, als vielmehr darin, *dass* getrennt wird. Vermittels der Übertragung auf andere Themen nach dem Ende der Pandemie kann das kollektive „Wir“ bzw. die kollektive Gegen-Epistemologie als gemeinsamer Identifikationspunkt erhalten bleiben. Das in der Pandemie aufgebaute „Gegen-Wir“ muss dafür nur neue Antagonisten finden. Ganz explizit werden deshalb auch andere Themenfelder angesprochen, in denen das alte Deutungsmuster erneut zur Geltung kommt:

Fokusgruppenmitglied 1: „(...) früher hatte man so das Gefühl: Was passiert bei...? wie steht man zur FPÖ? Und aktuelle andere Sachen sind: Was denkt man über Klimawandel? Und wie steht man zum Ukrainekrieg? Wie steht man zum Konflikt in Gaza? (...) es gibt die eine vorherrschende Medienmeinung, ja, also es gibt diese – ich weiß nicht, was –, Wikipedia-Tagesschau-Realität, ja. (...) Und, ja, die halt Mainstream ist. Und dann gibt es halt so eine Asymmetrie.“ (FG: 1, Z: 493-503)

Die sozialen Nachwirkungen von Corona bestehen in dieser Beschreibung in einem Blick auf die Gesellschaft, der konsequent zwischen einem „Wir“ und „den Anderen“ unterscheidet bzw. der („unkritischen“) Mehrheit und einer Minderheit, die es „besser weiß“. Diese Vorstellung, nämlich dass es eine Gruppe gibt, die die authentischen Interessen des „Volkes“ gegen die „schlafende Mehrheit“ (oder die Elite) verteidigt, bildet eine Verknüpfung zwischen der Corona- und Klima-Thematik (Huber et al. 2022). Die individuelle Haltung zur Corona-Politik erhält auf diese Weise eine grundlegende Orientierungsfunktion für die Klassifikation des Gegenübers, auch wenn es um andere krisenrelevante Themen geht. Noch in der zweiten Fokusgruppe Ende 2024 wird die Virulenz dieser Unterscheidung deutlich. Folgende zwei Gesprächspassagen aus dieser Fokusgruppe belegen dies:

Person 5: „Aber durch Corona ist irgendwie im Vorhinein schon klar, wo diese Person stehen wird, höchstwahrscheinlich. Also man hat jetzt schon so einen Erwartungshorizont aufgrund der Positionierung während Corona, habe ich das Gefühl.“ (FG: 2, Z: 147-149)

Person 4: „Ja, ich habe darüber mit niemanden geredet über Corona, der anderer Meinung ist als ich, weil ich irgendwie ein gebranntes Kind bin und überhaupt bestimmte Themen vermeide, mit bestimmten Leuten darüber zu reden. (...), weil ich irgendwie sofort realisiere: Okay, das nicht, das nicht, das nicht oder das schon.“ (schmunzelt) (FG: 2, Z: 106-111)

Nimmt man diese und weitere Wortmeldungen aus den Fokusgruppen zur Grundlage, wird deutlich, dass die Rede von einer gespaltenen Gesellschaft auch weit über Corona hinaus als Deutungsmuster gesellschaftlicher Debatten im persönlichen, alltäglichen Umfeld wirkt. Die „Aufgewachten“ haben den Eindruck, dass Personen durch ihre Positionierung während der COVID-19-Pandemie schon im Vorhinein eingeteilt werden. In diesem Sinne entscheiden sie schon im Vorfeld, welche Themen in welchem Personenkreis angesprochen werden können und welche nicht. Man vermeidet Gespräche mit Andersdenkenden, weil man von einer nachwirkenden Verhärtung der „Fronten“ ausgeht – und bestätigt sich auf diese Weise die Wirksamkeit des Deutungsmusters gleichsam durch das eigene Vorurteil.

SELBSTWIRKSAMKEIT VS. FREMDSTEUERUNG

Besonders im Rahmen unserer zweiten Fokusgruppe wurde die Brücke zur aktuellen Herausforderung des Klimawandels und die damit zusammenhängende Frage der gesamtgesellschaftlichen Solidarität im Kontrast zur individuellen Freiheit thematisiert. Was wir in den Gesprächen beobachten konnten, war das unterschiedlich gedeutete Spannungsfeld von Selbst- vs. Fremdsteuerung und Solidarität, das in einer „Mit-Corona Gesellschaft“ (Pfadenhauer 2021) auch bei der Ausverhandlung politischer Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels an Relevanz gewinnt. Während aus der Perspektive der Maßnahmenkritiker:innen in Bezug auf ihre individuelle Informationspolitik Selbstwirksamkeit und kritisches Denken herrscht, werden die „Anderen“ durch jene Eliten gesteuert, die auch bei anderen Krisenthemen die Meinungsführerschaft haben. Diese sich antagonistisch gegenüberstehenden Zustände der Fremd- und Selbststeuerung ziehen sich als eines der Kernthemen durch die Diskussionen:

Fokusgruppenmitglied 5: *„Ausgeliefertsein versus Personal Responsibility. (...) Also, quasi der Information ausgeliefert zu sein, und auf der anderen Seite die kritische Betrachtung als Eigenverantwortung.“* (FG: 2, Z: 245-250)

Wer sich durch die „Mainstream“-Expert:innen bevormundet und dem „Establishment“ ausgeliefert fühlt, findet in der Gegen-Epistemologie Anleitungen zur Selbstwirksamkeit, was in dem folgenden Zitat eines Allgemeinarztes, der während der COVID-19-Pandemie die Rolle einer illegitimen epistemischen Autorität eingenommen hatte, deutlich wird:

Interviewperson 7: *„(...) den Menschen Handwerkszeug für Selbstwirksamkeit an die Hand zu geben, ja, das war mir auch ganz, ganz wichtig, um diese Rolle aktiv zu nutzen.“* (P: 7, I: 2, Z: 620-622)

Der eigenen Wahrnehmung wird in dieser Perspektive autoritative Kraft zugeschrieben, und damit wird das eigene Selbst, das eigene kritische Urteilsvermögen zum Ausweg aus der systemischen Fremdsteuerung. Worüber sich denn auch alle Gesprächsteilnehmenden einig waren, war, dass ein „systemischer Wandel“ beim selbstermächtigten Individuum ansetzen müsse, worauf die Ausführungen eines dezidierten Impf- und Maßnahmenbefürworters unserer Fokusgruppe hindeuten:

Fokusgruppenmitglied 5: *„Wir leben in einer Überkonsumgesellschaft, wo wir viel tun könnten, tun können bis hin, dass man Verordnungen, Gesetze macht, aber dazu müsste man auch, und das ist in einer Freizeitgesellschaft nicht en vogue, dass man engagiert ist über lange Jahre an einem Thema ist und dann richtig gut ist in einem Thema, um das dann auch klug zu ändern. (...) Du hast es gesagt, sich zu ermächtigen, kompetent zu sein. Und das ist etwas, wir sind aber...uns geht es sehr gut, manchmal zu gut, ich möchte dir widersprechen, so gut, dass wir nicht mehr drauf achten, Dinge ändern zu müssen.“* (FG 1, Z: 1403-1413)

Einheitliche Zustimmung unter den Anwesenden gab es hier bei den Phrasen „Wach sein“ und „Selbstermächtigung“. Aus der – hier als teilweise selbstverschuldet dargestellten – „Auslieferung“ führe nur das aktive und kritische Individuum. Das Bedürfnis nach Selbstbestimmung und Eigenverantwortung hat eine hohe Relevanz in aktuellen Krisendiskussionen. Wenn man den Ergebnissen unserer Fokusgruppen folgt, stehen also liberale oder libertäre Werte im Vordergrund, wenn es um Krisenbewältigung geht. Traditionell soziale Werte wie Fürsorge oder eine gesamtgesellschaftliche Solidarität spielen eine deutlich nachgeordnete Rolle. Das Vertrauen in die gesellschaftlichen Kohäsionskräfte ist gering, wenn als Ausweg aus der Krise in erster Linie Selbstaktivierung und das eigene Ich erscheinen. Individualismus wird höher geschätzt als Kollektivismus, und dies könnte auch damit zusammenhängen, dass man der Gesellschaft aufgrund ihrer Polarisierung wenig zutraut.

1.4 ZWISCHENFAZIT

Ob unsere Gegenwartsgesellschaft gespalten und polarisiert ist, wird in der Soziologie aktuell kontrovers diskutiert (vgl. Mau et al. 2023; Münch 2023). In unserer qualitativen Studie haben wir die Diagnose einer Spaltung als ein gesellschaftlich wirksames Deutungsmuster konzeptualisiert, das (ungeachtet seines Realitätsgehalts) gerade in Krisenzeiten bestimmte Funktionen erfüllt. Weil viele Krisen unserer Zeit hochgradig verwissenschaftlicht sind, spielt wissenschaftliche Expertise eine zentrale Rolle, wenn es um die Abwägung und Begründung politischer Krisenmaßnahmen geht. Das heißt aber, dass auch jene, die (radikal) *gegen* die Krisenpolitik opponieren, ebenfalls auf „Expertise“ rekurrieren müssen. Kurzum, beide Seiten müssen sich darum bemühen, epistemische Autorität geltend zu machen. Während viele einflussreiche Expert:innen aufgrund ihrer Forschungsleistungen und ihres Funktionskontexts gewissermaßen über institutionalisierte Autorität verfügen, sind die meisten Gegen- oder Pseudoexpert:innen gezwungen, ihre Autorität situativ zu stabilisieren, etwa durch den Hinweis auf akademische Titel und eine Vergangenheit im Wissenschaftssystem, vor allem aber: über die Abgrenzung zu den „Mainstream“-Expert:innen. Ihre Form der Autorität erfordert also eine stete Reaktualisierung der ursprünglichen Konfliktsituation, in der die eigene Expertise überhaupt erst gesellschaftlich relevant wurde. Das Deutungsmuster einer gespaltenen Gesellschaft hat in diesem Kontext also die Funktion, epistemische „Gegenautorität“ zu legitimieren und zu stabilisieren – ungeachtet der Frage, wie es um den empirischen Realitätsgehalt dieser Deutung bestellt ist. In Krisenkontexten, die eine ähnliche Konfliktstruktur aufweisen wie die Corona-Pandemie, kann darum die Vorstellung einer Spaltung in gleicher Weise zur Stabilisierung von „Gegenautorität“ genutzt werden. Man kann deshalb davon ausgehen, dass sich die Klimakrise in der gesellschaftlichen Selbstwahrnehmung ebenfalls zu einer polarisierenden Krise entwickeln wird. Die einschlägigen Protestformen der radikalen Klimabewegung haben einen Vorgeschmack darauf gegeben.

Dieser Zusammenhang macht deutlich, dass die Chancen für Verständigung und Dialog eigentlich schlecht stehen. Schließlich gibt es auf Seiten der radikalen Gegenstimmen – also jener, die während der Pandemie mehr Stimmenvielfalt einforderten – ein strukturelles Interesse an der Aufrechterhaltung des Eindrucks, dass die Gesellschaft polarisiert sei und daher wenig Interesse an konstruktiver Konfliktbearbeitung. Der Ruf nach breiterer Einbeziehung zwecks Überwindung des krisenspezifischen Wir/Sie-Denkens wird gewissermaßen durch den Zwang zur Fortschreibung der Spaltung konterkariert. Einbeziehung hat, wenn unsere Analyse schlüssig ist, letztlich das Ziel, den (Gegen-)Expert:innenstatus performativ herzustellen. Echte Verständigung oder eine konstruktive Debatte um wahr oder falsch (im wissenschaftlichen Sinne) ist damit nicht intendiert.

Allerdings illustrieren die von uns veranstalteten Fokusgruppen den großen Wert einer Interaktion unter Anwesenden. Während es im anonymen medialen Diskurs sehr leicht ist, Hass und Abwertung zu zelebrieren, fällt dies im persönlichen Gespräch schwer. Im persönlichen Gespräch entsteht der zwanglose Zwang, sich in die Perspektive des Anderen hineinzusetzen und dessen Vorannahmen und Überzeugungen zur Kenntnis nehmen zu müssen – als Grundlage der kritischen Auseinandersetzung mit der eigenen Position.

Unsere Gruppendiskussionen ermöglichten es den Teilnehmenden, Einblicke in die tatsächlichen Lebenswelten ihres Gegenübers zu gewinnen, anstatt diese lediglich als starre, imaginierte diskursive Gegenpositionen wahrzunehmen. Für alle Beteiligten in den Fokusgruppen wurde offensichtlich, dass die scheinbaren Barrieren zwischen den festgefahrenen diskursiven Positionen von „Aufgewachten“ und „Schlafenden“ konstruiert sind und bestimmten Funktionen, wie dem Entgegenwirken einer gesellschaftlichen Delegitimierung der eigenen Position, geschuldet ist. Man kann daraus schließen, dass es für eine konstruktive Krisen- und Konfliktbearbeitung institutionelle Räume braucht, die offene Gespräche jenseits von politischer Rhetorik und ideologischer Selbstverstärkung ermöglichen. Nur in diesem Kontext ergibt sich das Gefühl, trotz aller Meinungsverschiedenheiten Teil einer Gesamtgesellschaft zu sein. Wie nachhaltig die Wirkung von Diskussionen in solchen Räumen sein kann, ist natürlich eine empirische Frage, die mit den Daten dieser Studie nicht beantwortet werden kann.

2 WIE MAN WISSENSCHAFTSBASIERTE DISKURSE KONSTRUKTIVER GESTALTEN KANN

2.1 ZIELSETZUNG UND FORSCHUNGSFRAGEN

Im Anschluss an die erste Teilstudie, die im Rückblick auf die Pandemie die Phänomene von Polarisierung und Wissenschaftsskepsis – insbesondere im Deutungsmuster einer „gespaltenen Gesellschaft“ – beleuchtet hat, richtet diese zweite Teilstudie ihren Blick stärker in die Zukunft. Aufbauend auf den dort gewonnenen Erkenntnissen wird nun der Frage nachgegangen, wie trotz bestehender Differenzen ein konstruktiver politischer Dialog über wissenschaftsbasierte Themen gestärkt werden kann. Die qualitative Analyse basierte auf Fokusgruppen, in denen Maßnahmenkritiker:innen und -befürworter:innen im direkten Austausch ihre Sichtweisen artikulierten. Diese Gesprächssituationen ermöglichten dichte Einblicke in subjektive Deutungen und zeigten zugleich das Potenzial persönlicher Begegnung für Verständigung.

Die zweite Teilstudie greift diese Beobachtungen auf, weitet den Blick und fragt aus gesamtgesellschaftlicher Perspektive nach strukturellen Bedingungen für Vertrauen in wissenschaftliche Expertise. Sie nutzt dazu einen quantitativ-experimentellen Forschungsansatz und verortet Wissenschaftsskepsis im weiteren Kontext einer generalisierten Institutionenskepsis. Besonders im Fokus steht dabei die Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Politik als sensibler Bereich öffentlicher Aushandlung. Eine Studie des IHS zur Wissenschaftsskepsis zeigte beispielsweise, dass dieser häufig eine generalisierte Institutionenskepsis zugrunde liegt (Starkbaum et al. 2023). Diese Erkenntnis wurde in weiteren Untersuchungen bestätigt, wobei mehrere Ansatzpunkte für mögliche Interventionen identifiziert werden konnten (Partheymüller et al. 2023). Besonders hervorgehoben wurden dabei drei zentrale Handlungsfelder, die auch im Zentrum der folgenden Untersuchung stehen:

1. **Demokratiebildung:** Inwiefern können Maßnahmen der Demokratiebildung dazu beitragen, polarisierte Diskussionen über wissenschaftsbasierte Themen zu vermeiden und die Akzeptanz für demokratisch getroffene Entscheidungen und wissenschaftliche Erkenntnisse zu fördern?
2. **Wissenschaftliche Politikberatung:** Wie sollte die wissenschaftliche Politikberatung gestaltet werden, um evidenzbasierte Entscheidungen in politischen Prozessen zu ermöglichen und das Vertrauen in wissenschaftliche Empfehlungen zu stärken?
3. **Wissenschaftskommunikation:** Wie sollten Wissenschaftler:innen in politisch polarisierten Konflikten kommunizieren, um ihre Glaubwürdigkeit zu wahren und die Akzeptanz von wissenschaftlichen Erkenntnissen zu fördern?

2.2 METHODIK

2.2.1 ERHEBUNGSDESIGN UND DATENGRUNDLAGE

Um diese Fragestellungen zu untersuchen, wurde eine quantitative Querschnittsbefragung der österreichischen Wohnbevölkerung (ab 14 Jahre) im Dezember 2024 durchgeführt. Die Befragten wurden dazu aus dem Online-Access-Panel der Marketagent GmbH (zertifiziert nach ISO-Norm 20252) anhand von bevölkerungsrepräsentativen Quoten rekrutiert und online befragt (CAWI).¹ Die mittlere Interviewdauer betrug rund 25 Minuten. Um eine aufmerksame Bearbeitung des Fragebogens zu gewährleisten, mussten die Befragten zu Beginn der Befragung drei Aufmerksamkeitskontrollfragen beantworten. Insgesamt nahmen 3.883 Personen an der Befragung teil.

2.2.2 ÜBERBLICK ÜBER DEN FRAGEBOGEN

Der Fragebogen war in mehrere Abschnitte gegliedert. Zu Beginn wurden einige grundlegende soziodemografische Merkmale abgefragt. Daraufhin folgten Fragen zum Thema „Wissenschaft“ – etwa zum Interesse an wissenschaftlichen Inhalten, zur Selbsteinschätzung der eigenen wissenschaftlichen Kompetenz sowie zur Wahrnehmung des Nutzens und der Risiken wissenschaftlicher Neuerungen.

Im Anschluss daran wurde das erste Survey-Experiment durchgeführt, das sich mit der Demokratiebildung durch Perspektivenwechsel befasste (Forschungsfrage 1). Der inhaltliche Schwerpunkt lag auf der Frage der Zulassung selbstfahrender Autos. Daran schlossen sich allgemeine Fragen zu Politik und Demokratie an, unter anderem zum Vertrauen in Institutionen, zum Demokratieverständnis, zur Zufriedenheit mit demokratischen Prozessen, zu populistischen Einstellungen sowie zu Vorstellungen über das Verhältnis von Wissenschaft und Politik (z. B. Einstellungen zur Technokratie).

Im Anschluss folgte das zweite Survey-Experiment in Form eines Conjoint-Experiments (Bansak et al. 2021), welches sich mit dem Design von Politikberatungsgremien befasste (Forschungsfrage 2). Als thematischer Hintergrund diente ein hypothetisches Szenario zur Beratung über Chancen und Risiken von Künstlicher Intelligenz (KI), wobei Merkmale wie das Auswahlverfahren, die Zusammensetzung und die Arbeitsweise des Gremiums experimentell variiert wurden. Im weiteren Verlauf der Befragung wurden dann Fragen zu genutzten Informationsquellen, epistemologischen Grundannahmen, Verschwörungsmentalität, Wissenschaftsskepsis sowie zu Erwartungen an die Wissenschaftskommunikation gestellt.

Anschließend wurde das dritte Survey-Experiment durchgeführt, das sich am Beispiel des Klimawandels mit unterschiedlichen Stilen der Wissenschaftskommunikation auseinandersetzte (Forschungsfrage 3). Es basierte auf Pielkes (2007) Konzept des *Honest Brokers*. Abschließend wurden retrospektive Fragen zur Corona-Pandemie, zur *Scientific Literacy* sowie weitere Fragen zu soziodemografischen Merkmalen gestellt.

¹ Alle im Folgenden berichteten Analysen wurden zudem gewichtet durchgeführt, um eine möglichst hohe Repräsentativität der Stichprobe zu gewährleisten.

2.3 SURVEY-EXPERIMENTE UND EMPIRISCHE ERGEBNISSE

2.3.1 TRÄGT PERSPEKTIVENWECHSEL ZUR AKZEPTANZ DEMOKRATISCH GETROFFENER ENTSCHEIDUNGEN UND WISSENSCHAFTLICHER ERKENNTNISSE BEI?

Das erste Survey-Experiment zielte darauf ab, zu untersuchen, inwiefern ein Perspektivenwechsel im Rahmen einer Kontroverse sowie das bewusste Abwägen unterschiedlicher Argumente zu einer höheren Akzeptanz demokratisch getroffener Entscheidungen und wissenschaftlicher Erkenntnisse beitragen können. Unsere Annahme lautete: Durch einen Perspektivenwechsel – also die aktive Auseinandersetzung mit den Argumenten der Gegenseite – würde ein höherer Reflexionsgrad der eigenen Position und ein besseres Verständnis für die Sichtweise von Andersdenkenden erlangt werden. Dies würde wiederum zu einer höheren Akzeptanz der getroffenen Entscheidung führen und das unbegründete Infragestellen sowohl des Entscheidungsverfahrens als auch der zugrunde liegenden Evidenz reduzieren.

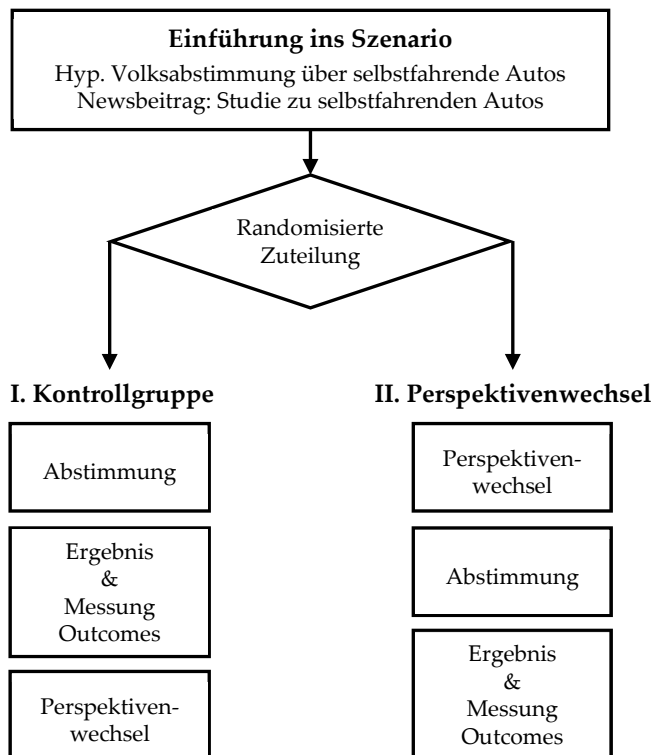


Abbildung 1: Experimental-Design zum Perspektivenwechsel

Als inhaltliches Beispiel für eine politische Streitfrage mit Wissenschaftsbezug wurde die Zulassung von selbstfahrenden Autos gewählt – ein bislang wenig polarisiertes Thema, zu dem in der breiten Öffentlichkeit noch keine gefestigten Lager existieren. Diese Themenwahl erfolgte bewusst: Wir gingen davon aus, dass ein glaubwürdiger Perspektivenwechsel insbesondere bei stark polarisierten Fragen – wie etwa der Gentechnik, die in Österreich seit Langem mit intensiven gesellschaftlichen Kontroversen verbunden ist – deutlich erschwert wäre, da viele Befragte hier bereits stabile und emotional geprägte Meinungen vertreten. Ebenso sollten Themen vermieden werden, die eng mit anderen aufgeladenen Konfliktlinien verbunden sind

und ein ähnlich verhärtetes Meinungsklima aufweisen, etwa COVID-19 oder Impfungen. Ein weiteres Kriterium bei der Themenwahl war, ein Thema auszuwählen, bei dem eine möglichst gleich große Anzahl an Befürworter:innen und Gegner:innen vorhanden ist, da auch die Richtung der Entscheidung eine Rolle für die Akzeptanz des Ergebnisses spielen könnte (z. B. aufgrund eines Status-Quo-Bias). Zwar lagen uns hierzu noch keine Messwerte zum Zeitpunkt der Gestaltung des Fragebogens vor, die Einschätzung beruhte jedoch auf einem „Educated Guess“, gestützt durch die Beobachtung, dass die öffentliche Debatte zu diesem Thema bislang wenig intensiv geführt wurde.

Der Ablauf des Experiments war wie folgt (siehe Abbildung 1): Alle Teilnehmer:innen wurden gebeten, sich vorzustellen, dass in Österreich eine Volksabstimmung über die Zulassung selbstfahrender Autos stattfindet. Sie lasen dazu einen Nachrichtenbeitrag über eine wissenschaftliche Studie zur Sicherheit der Fahrzeuge (basierend auf: Abdel-Aty & Ding 2024):

Studie zu selbstfahrenden Autos: Computer steuern meist sicherer als Menschen – Laut einer US-Studie sind selbstfahrende Fahrzeuge in den meisten Situationen sicherer als von Menschen gesteuerte Autos. Sie reduzieren die Unfallgefahr erheblich, da menschliche Fehler wie Ablenkung oder Müdigkeit vermieden werden. Nur in speziellen Fällen, wie Dämmerung oder beim Abbiegen, schneiden Menschen besser ab. Insgesamt zeigt die Studie, dass Computer die meisten Fahraufgaben sicherer bewältigen können als menschliche Lenker.

Danach wurden die Teilnehmer:innen randomisiert in zwei Gruppen aufgeteilt. Die Kontrollgruppe wurde unmittelbar (ohne vorherigen Perspektivenwechsel) gebeten, anzugeben, wie sie in dem Referendum abstimmen würde. Anschließend wurde ihnen das Abstimmungsergebnis präsentiert, wobei alle Befragten stets in die „Verlierer“-Rolle gebracht wurden: Stimmtten sie für die Zulassung, sahen sie einen Nachrichtenbeitrag, der mitteilte, dass die Mehrheit dagegen gestimmt habe. Stimmtten sie gegen die Zulassung, zeigte der Nachrichtenbeitrag, dass die Mehrheit dafür gestimmt habe. Das Ergebnis war dabei stets 52 Prozent zu 48 Prozent bei einer Wahlbeteiligung von 82 Prozent. Im Anschluss wurden die Befragten nach ihrer Bereitschaft gefragt, demokratisch getroffene Entscheidungen zu akzeptieren („Losers’ Consent“; Anderson et al. 2005), und inwiefern sie den Informationen aus der zuvor gelesenen Studie zustimmten.

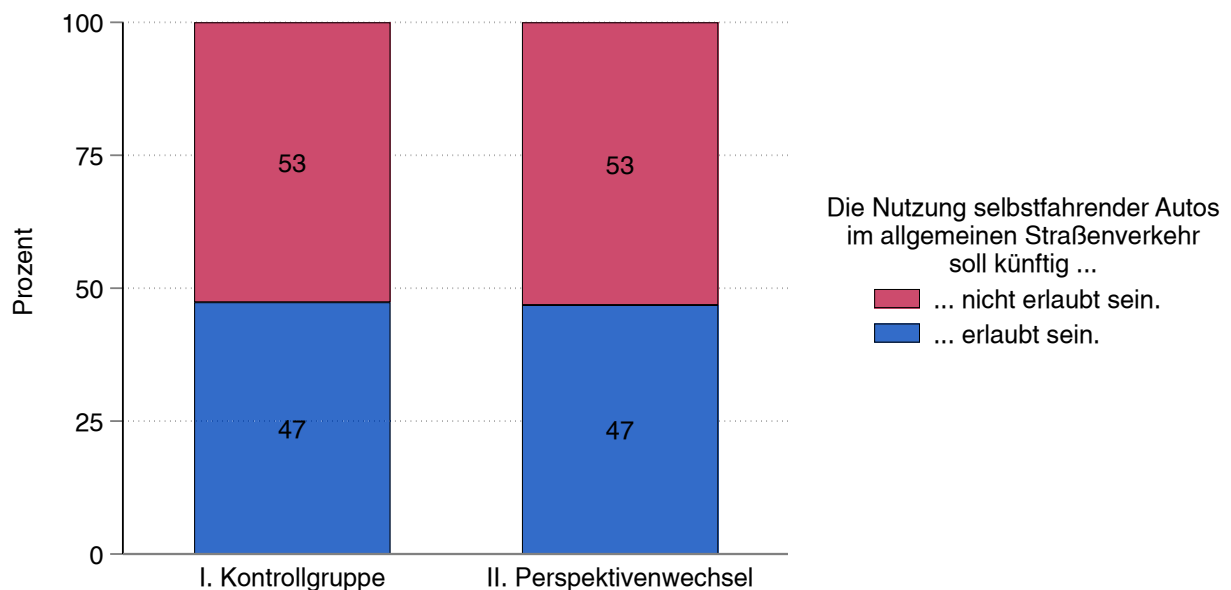


Abbildung 2: Abstimmungsverhalten der Befragten in der hypothetischen Volksabstimmung zur Zulassung von selbstfahrenden Autos

Die Perspektivenwechsel-Gruppe durchlief dieselbe Prozedur wie die Kontrollgruppe, absolvierte jedoch vor der Abstimmung eine zusätzliche Übung zum Perspektivenwechsel. Die Befragten wurden gebeten, mögliche Gründe von Befürworter:innen und Gegner:innen offen anzugeben. Anschließend bewerteten sie eine Auswahl von jeweils fünf Pro- und Contra-Argumenten. Dies stellte sicher, dass auch Personen, denen spontan keine Argumente einfielen, über unterschiedliche Gesichtspunkte nachdachten. Danach erfolgten – wie in der Kontrollgruppe – die Abstimmung, die Verkündung des Ergebnisses und die Messung der Resultate. Für die Kontrollgruppe wurde nach der Messung der Resultate der Perspektivenwechsel rückwirkend durchgeführt, um vergleichende Daten zu den vermuteten Motiven und Argumenten von Befürworter:innen und Gegner:innen zu sammeln. Die zentralen Ergebnisse konnten dadurch nicht mehr beeinflusst werden, da ein Zurückgehen in der Umfrage nicht möglich war.

Die Ergebnisse zeigten, dass sich das Abstimmungsverhalten der Befragten zwischen Kontroll- und Experimentalgruppe nicht signifikant unterschied ($p = 0,743$). Das Ergebnis fielen nahezu identisch aus, bis auf minimale Abweichungen in den Nachkommastellen (Abbildung 2). Unabhängig vom Perspektivenwechsel stimmten jeweils rund 47 Prozent für die Zulassung selbstfahrender Autos im allgemeinen Straßenverkehr, während etwa 53 Prozent dagegen votierten.

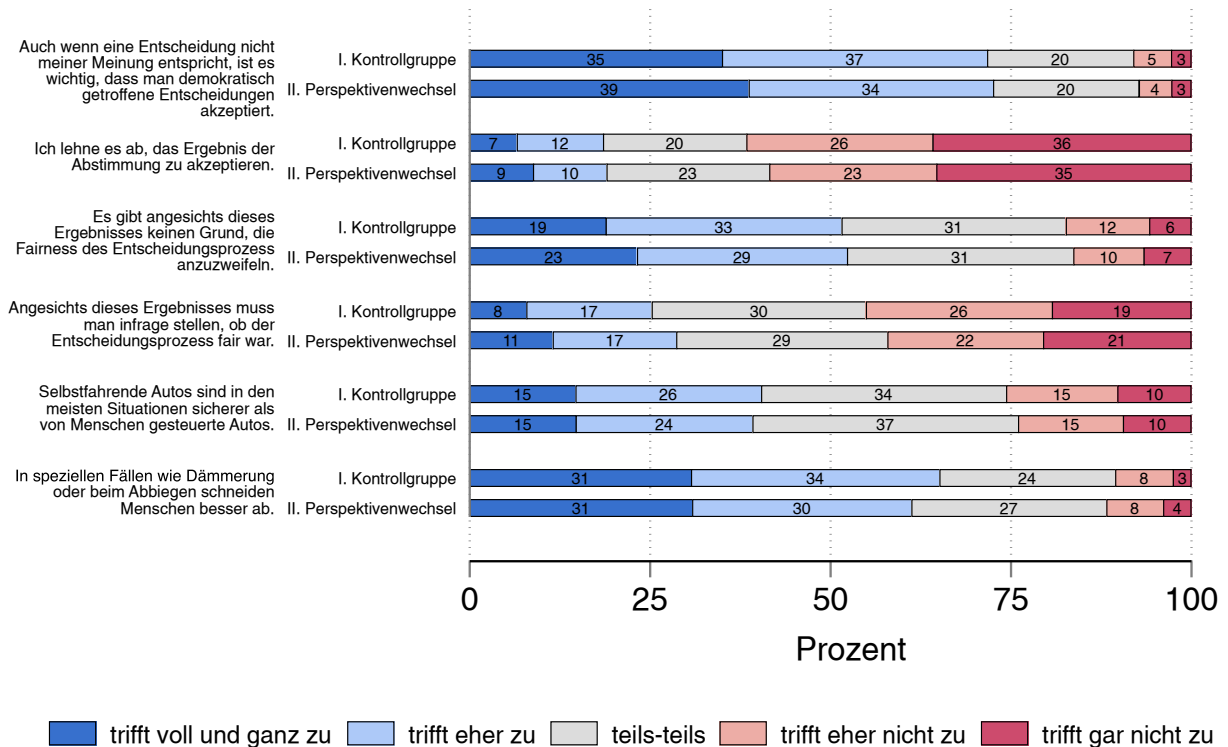


Abbildung 3: Akzeptanz der Entscheidung und Zustimmung zu den Studienergebnissen

Auch bei den zentralen Ergebnisvariablen zeigten sich nur geringe Unterschiede zwischen den Gruppen (Abbildung 3). In beiden Gruppen berichtete die deutliche Mehrheit von hoher Zustimmung zu demokratischen Entscheidungen – selbst im Fall einer Niederlage. Nur etwa 16 bis 17 Prozent lehnten es ab, das Ergebnis der Abstimmung zu akzeptieren („trifft voll und ganz zu“, „trifft eher zu“). Die meisten Befragten sahen keinen Grund, an der Fairness des Entscheidungsverfahrens zu zweifeln, und stellten dieses nicht infrage. Beide Gruppen äußerten eine gewisse Skepsis gegenüber Teilen der im Nachrichtenbeitrag präsentierten Studienergebnisse. So wurde etwa die Aussage, dass selbstfahrende Autos in den meisten Fällen sicherer steuern als menschliche Lenker, nur bedingt akzeptiert – hier zeigte sich ein geteiltes Meinungsbild. Deutlich mehr Zustimmung erhielt hingegen die Aussage, dass Menschen in bestimmten Situationen

besser abschneiden. Interessanterweise ergab sich bei dieser letzten Aussage eine geringe, aber statistisch signifikante Abweichung: In der Perspektivenwechsel-Gruppe wurde sie – obwohl laut Studie korrekt – häufiger abgelehnt. Eine mögliche Erklärung: Die Kontrollgruppe erinnerte sich an die Studieninhalte möglicherweise besser, während der Perspektivenwechsel die Aufmerksamkeit stärker auf die Argumente beider Seiten lenkte – wodurch die konkrete Studienaussage in den Hintergrund geraten sein könnte. Insgesamt deutet dieses Ergebnis darauf hin, dass ein Perspektivenwechsel – zumindest in der hier gewählten Form – allein nicht ausreicht, um die Akzeptanz wissenschaftsbasierter Entscheidungen signifikant zu steigern.

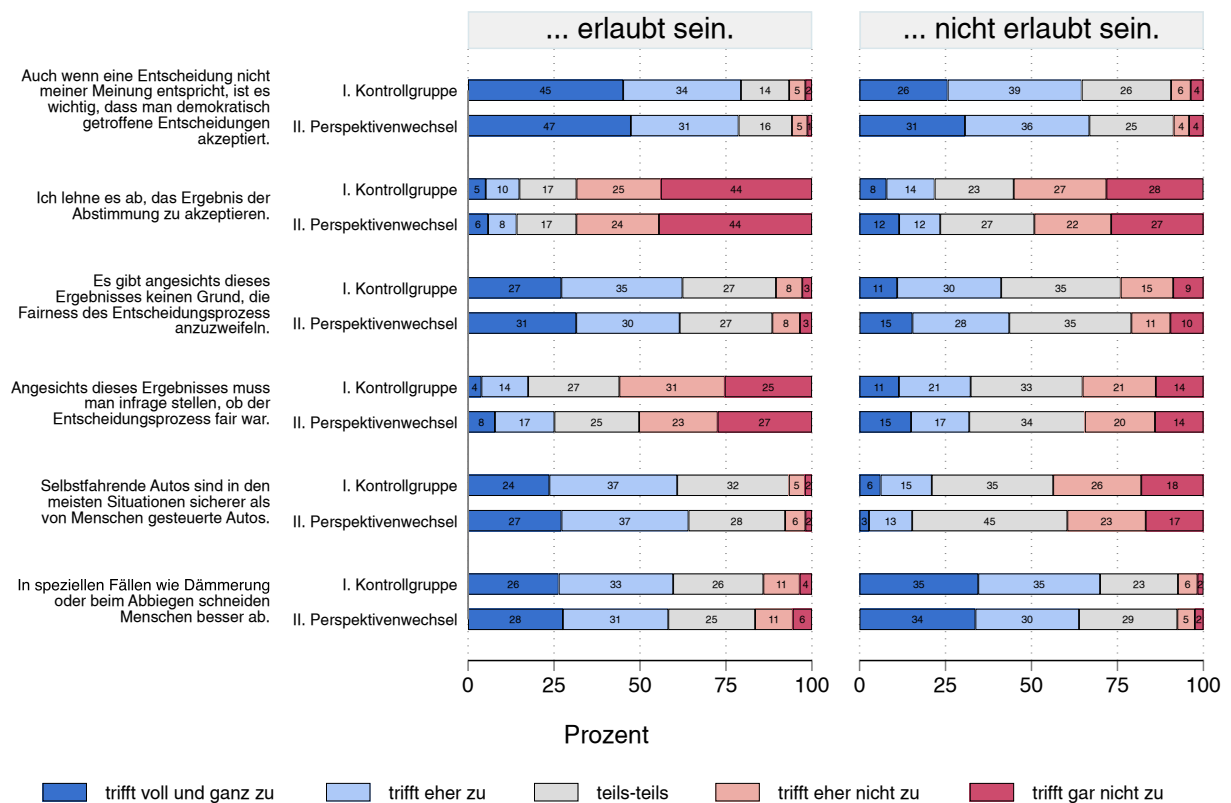


Abbildung 4: Einstellungen von Befürworter:innen und Gegner:innen

Eine weitergehende Subgruppen-Analyse zeigte (siehe Abbildung 4), dass unabhängig von der experimentellen Zuteilung die Akzeptanz und die wahrgenommene Fairness der Entscheidung bei Zulassungsgegner:innen signifikant geringer ausfielen. Dies galt trotz der Tatsache, dass auch die Befürworter:innen aufgrund der Untersuchungsanordnung stets zu den Verlierer:innen der Abstimmung zählten. Gegner:innen der Zulassung zeigten sich also tendenziell als „schlechte Verlierer“. Hinsichtlich der Akzeptanz der Erkenntnisse aus der wissenschaftlichen Studie traten ebenfalls Unterschiede zwischen Befürworter:innen und Gegner:innen zutage: Befürworter:innen bestätigten sowohl die Aussage zum Nutzen (autonome Autos sind meistens sicherer) als auch zu den Risiken (Menschen sind in speziellen Situationen besser). Die Gegner:innen hingegen lehnten die Aussage zum Nutzen der Technologie ab, stimmten jedoch der Aussage zu den Risiken zu. Insgesamt deuten diese Ergebnisse auf zwei zentrale Phänomene hin: Zum einen auf einen Status-quo-Bias (Samuelson & Zeckhauser 1988; Kahneman et al. 1991), der sich in der Asymmetrie zwischen Befürworter:innen und Gegner:innen manifestiert, und zum anderen auf eine selektive Rezeption der wissenschaftlichen Ergebnisse, die sich in einem Fokus auf Risiken und einer Bezweifelung des Nutzens seitens der Gegner:innen äußert. Das grundlegende Muster von Status-Quo-Bias und Risikoaversion (Kahneman & Tversky 1979) blieb dabei durch den Perspektivenwechsel unverändert.

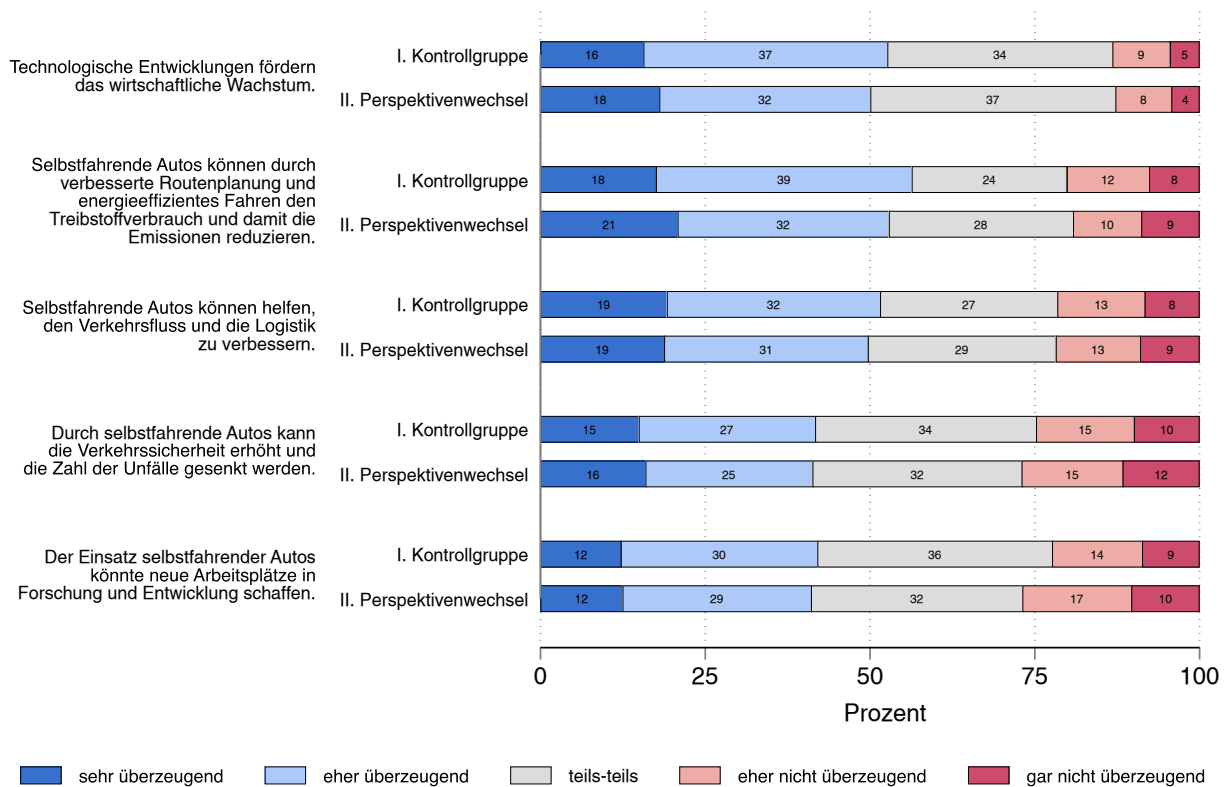


Abbildung 6: Beurteilung von Pro-Argumenten für die Zulassung von selbstfahrenden Autos

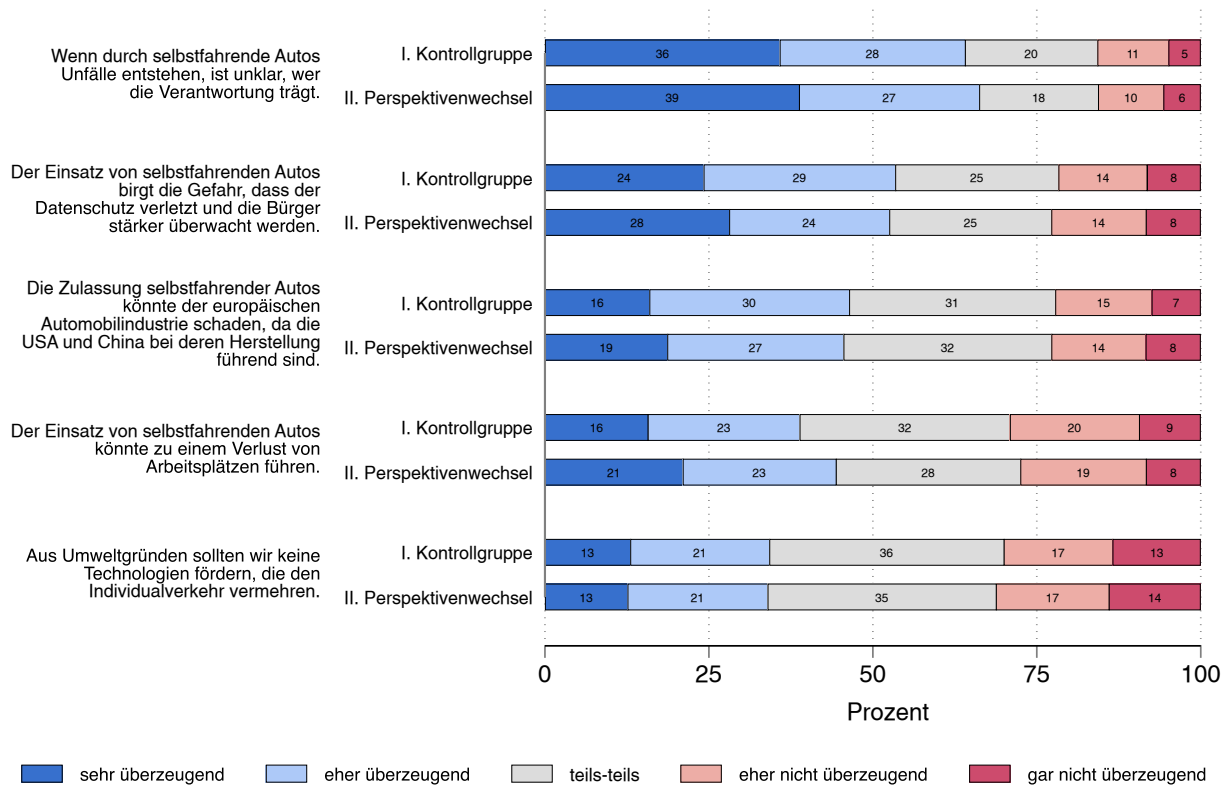


Abbildung 7: Beurteilung von Contra-Argumenten für die Zulassung von selbstfahrenden Autos

Insgesamt legen die Ergebnisse des ersten Survey-Experiments nahe, dass der Perspektivenwechsel – zumindest in der hier gewählten Form – nur eine geringe Bedeutung für die Akzeptanz demokratisch getroffener Entscheidungen und wissenschaftlicher Erkenntnisse hat. Die Unterschiede zwischen der Perspektivenwechsel-Gruppe und der Kontrollgruppe waren insgesamt gering und zumeist statistisch nicht signifikant. Die Subgruppenanalysen zeigten eine deutliche Asymmetrie zwischen Gegner:innen und Befürworter:innen der Zulassung: Während Befürworter:innen, selbst bei einer Niederlage, die Entscheidung eher akzeptierten, neigten Gegner:innen stärker dazu, das Ergebnis abzulehnen und die Fairness der Entscheidung in Frage zu stellen. Insbesondere unter den Gegner:innen zeigte sich eine ausgeprägte skeptische Haltung gegenüber Studienergebnissen, die den Nutzen der neuen Technologie betrafen. Das Entscheidungsverhalten wurde also von Risikoaversion und Status-quo-Bias dominiert, wobei der Perspektivenwechsel wenig dazu beitragen konnte, diese Muster aufzubrechen. Ein möglicher positiver Effekt des Perspektivenwechsels zeigte sich jedoch in der Bewertung eines der Contra-Argumente. So erhielt das Gegenargument zu möglichen Arbeitsplatzverlusten in der Perspektivenwechsel-Gruppe eine höhere Zustimmung als in der Kontrollgruppe. Dies könnte darauf hindeuten, dass die Übung, sich in andere Positionen hineinzuversetzen, durchaus eine erhöhte Sensibilität für bestimmte soziale Folgen wie Arbeitsplatzverluste schaffen kann. Insgesamt deuten die Ergebnisse darauf hin, dass der Perspektivenwechsel – so wie er in diesem Experiment umgesetzt wurde, nämlich als gezielte Auseinandersetzung mit den Argumenten der Gegenseite – zwar Reflexionsprozesse anstoßen kann, jedoch nur begrenzt zur Akzeptanz demokratisch getroffener Entscheidungen oder wissenschaftlicher Erkenntnisse beiträgt.

2.3.2 ZUR GESTALTUNG VON POLITIKBERATUNGSGREMIEN

Das zweite Survey-Experiment konzentrierte sich auf Politikberatungsgremien als institutionelle Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Politik. Schließlich sind Vermutungen über illegitime Verflechtungen von Wissenschaft und Politik ein wichtiger Treiber von Wissenschaftsskepsis (Partheymüller et al. 2023). Wie die Politikberatung organisiert sein sollte, um Vertrauen zu schaffen, ist daher eine zentrale Frage. Als inhaltliches Beispiel wurde das aktuelle Thema der künstlichen Intelligenz (KI) gewählt – ein bisher wenig polarisiertes Thema; dies sollte verhindern, dass die Einstellungen gegenüber Politikberatungsgremien zu stark von den konflikthafter Diskussionen der vergangenen Jahre beeinflusst würden.

Im Einführungstext zum Experiment wurden die Befragten gebeten, sich vorzustellen, dass eine Expert:innenkommission eingesetzt werden soll, um die Regierung über die Chancen und Risiken der KI zu beraten. Dabei wurde erwähnt, dass eine Debatte um das Auswahlverfahren, die Zusammensetzung und die Arbeitsweise des Gremiums entstanden sei. Das Experiment folgte einem Conjoint-Design, bei dem den Teilnehmern vier zufällig generierte Kommissionen präsentiert wurden. Zu jeder dieser Kommissionen sollten die Teilnehmer angeben, wie viel Vertrauen sie in ein solches Gremium hätten. Insgesamt wurden dabei sieben Attribute zufällig variiert, die jeweils zwei Ausprägungen annehmen konnten (siehe Tabelle 2).

Die Auswahl der Attribute und Ausprägungen erfolgte vor dem Hintergrund der intensiven Debatten über gute Politikberatung während der COVID19-Pandemie (vgl. Delfraissy et al. 2024). Eine frühere Studie hatte bereits gezeigt, dass insbesondere eine mögliche politische Beeinflussung wissenschaftlicher Ergebnisse durch die Politik eine zentrale Ursache für Wissenschaftsskepsis darstellt (Partheymüller et al. 2023). Daher wurde angenommen, dass eine größere Unabhängigkeit der Wissenschaft das Vertrauen in das Gremium positiv beeinflussen würde. Darüber hinaus wurde in früheren Diskussionen häufig eine mangelnde Interdisziplinarität in der Zusammensetzung sowie verschiedene Aspekte der Arbeitsweise von Kommissionen kritisch thematisiert (Bogner & Buntfuß 2023). Es wurde daher vermutet, dass eine größere Pluralität – sowohl in der Zusammensetzung des Gremiums als auch mit Blick auf Arbeitsweisen, die Meinungsvielfalt sichtbar machen – ein weiterer wesentlicher Faktor für die Stärkung des Vertrauens sein könnte. Insbesondere Maßnahmen der Transparenz – etwa die Offenlegung von Beratungsverläufen oder Minderheitsvoten – wurden als potenziell vertrauensfördernd eingeschätzt.

Tabelle 2: Attribute und Ausprägungen des Beratungsgremiums

Attribute	Ausprägungen
Auswahlverfahren	a. Auswahl durch die Regierung b. Auswahl durch eine akademische Forschungsinstitution
Zusammensetzung 1	a. Experten aus Informatik, Mathematik, Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften b. Experten aus der Informatik und Mathematik
Zusammensetzung 2	a. Vertreter von Unternehmen, der Sozialpartner und aus der öffentlichen Verwaltung b. Keine weiteren Mitglieder
Arbeitsweise 1	a. Die Themen der Beratung werden von der Regierung vorgegeben. b. Die Kommission wählt selbst die Themen aus.
Arbeitsweise 2	a. Die Kommission fasst den Forschungsstand zusammen, ohne dabei Handlungsempfehlungen auszusprechen. b. Die Kommission fasst den Forschungsstand zusammen und spricht auf dieser Grundlage Handlungsempfehlungen aus.
Arbeitsweise 3	a. Die Beratungsprotokolle werden nicht veröffentlicht. b. Die Beratungsprotokolle werden veröffentlicht.
Arbeitsweise 4	a. Bei Meinungsverschiedenheiten werden diese nicht nach außen getragen. b. Bei Meinungsverschiedenheiten werden abweichende Meinungen veröffentlicht.

Insgesamt zeigten alle der variierten Attribute statistisch signifikante Effekte, in die erwartete Richtung. Der wichtigste Faktor war dabei das Auswahlverfahren: Kontrastiert wurde, ob die Mitglieder der Kommission durch die Bundesregierung oder durch eine akademische Forschungsinstitution ausgewählt wurden. Wurden die Expert:innen von einer akademischen Forschungsinstitution ausgewählt, lag das Vertrauen deutlich höher, als wenn die Regierung die Auswahl selbst traf (siehe Abbildung 8). Ein solches Vorgehen unterscheidet sich von der in Österreich üblichen Praxis, bei der die Regierung traditionell eine zentrale Rolle bei der Auswahl und Ernennung der Mitglieder einnimmt. Änderungen im Bestellungsverfahren könnten daher eine entscheidende Stellschraube sein, um die Unabhängigkeit der Expert:innen zu gewährleisten und das Vertrauen in Expert:innengremien zu stärken.

Auch die Erwartungen in Bezug auf die Pluralität wurden bestätigt: Ein Gremium mit einer höheren Interdisziplinarität, das auch Fachleute aus den Bereichen Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften einbezog, wurde positiver bewertet als ein Gremium, das ausschließlich auf Expert:innen aus Informatik und Mathematik setzte (siehe Abbildung 8). Darüber hinaus zeigte sich, dass Pluralität auch jenseits der disziplinären Vielfalt positiv wahrgenommen wurde – insbesondere in Bezug auf die Einbindung von Vertreter:innen aus Unternehmen, Sozialpartnern und der öffentlichen Verwaltung. Die Beteiligung von Personen aus zentralen gesellschaftlichen Bereichen entspricht der österreichischen Praxis und wird durch diese Ergebnisse als vertrauensstärkende Maßnahme gestützt.

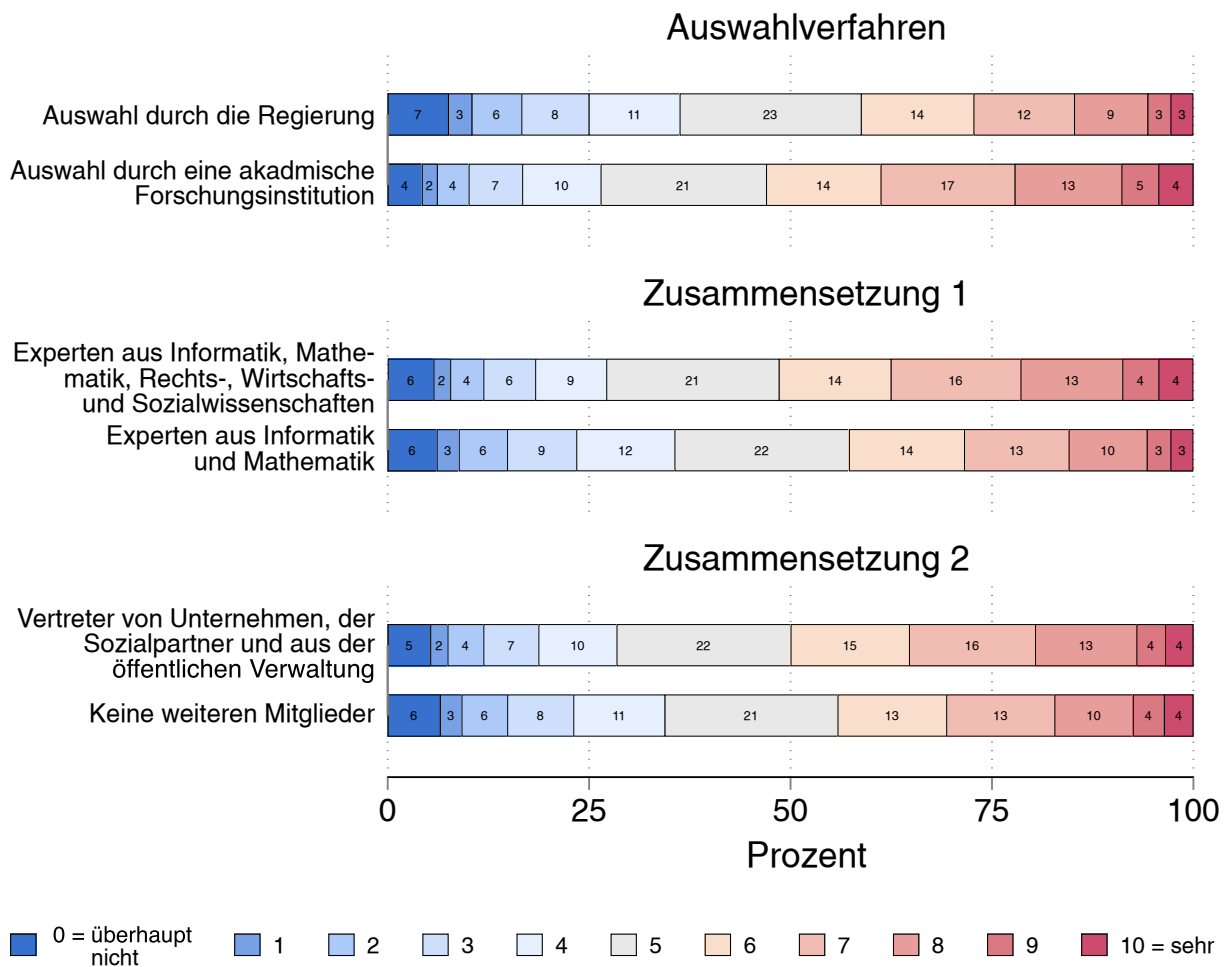


Abbildung 8: Vertrauen in das Beratungsgremium nach Auswahlverfahren und Zusammensetzung

Im Vergleich zum Auswahlverfahren und der Zusammensetzung spielten die Details der Arbeitsweise eine etwas geringere Rolle. Dennoch zeigten sich auch hier durchweg relevante Effekte, die mit den Erwartungen übereinstimmten. So bewerteten die Befragten die eigenständige Auswahl der Themen durch die Kommission positiver im Vergleich zu Fragestellungen, die von der Regierung vorgegeben werden (siehe Abbildung 9). Dies unterstreicht erneut die Bedeutung von Autonomie und Unabhängigkeit – auch in der Arbeitsweise – als einen zentralen Designaspekt.

Darüber hinaus spielte Transparenz und die Sichtbarmachung von Pluralität in der Arbeitsweise eine Rolle (siehe Abbildung 9): Die Veröffentlichung von Beratungsprotokollen und abweichenden Meinungen wurde tendenziell als vertrauenswürdiger wahrgenommen, als wenn dies nicht der Fall war. Am wenigsten relevant war der Aspekt, ob die Kommission ausschließlich den Forschungsstand zusammenfasste oder zusätzlich Handlungsempfehlungen aussprach. Warum dieses Attribut für die Befragten eine geringere Relevanz hatte, lässt sich nicht eindeutig sagen. Möglicherweise gingen sie davon aus, dass sich bei klarer Faktenlage geeignete Handlungsoptionen ohnehin unmittelbar und selbstevident ergeben – unabhängig von einer zusätzlichen Empfehlung durch die Kommission.

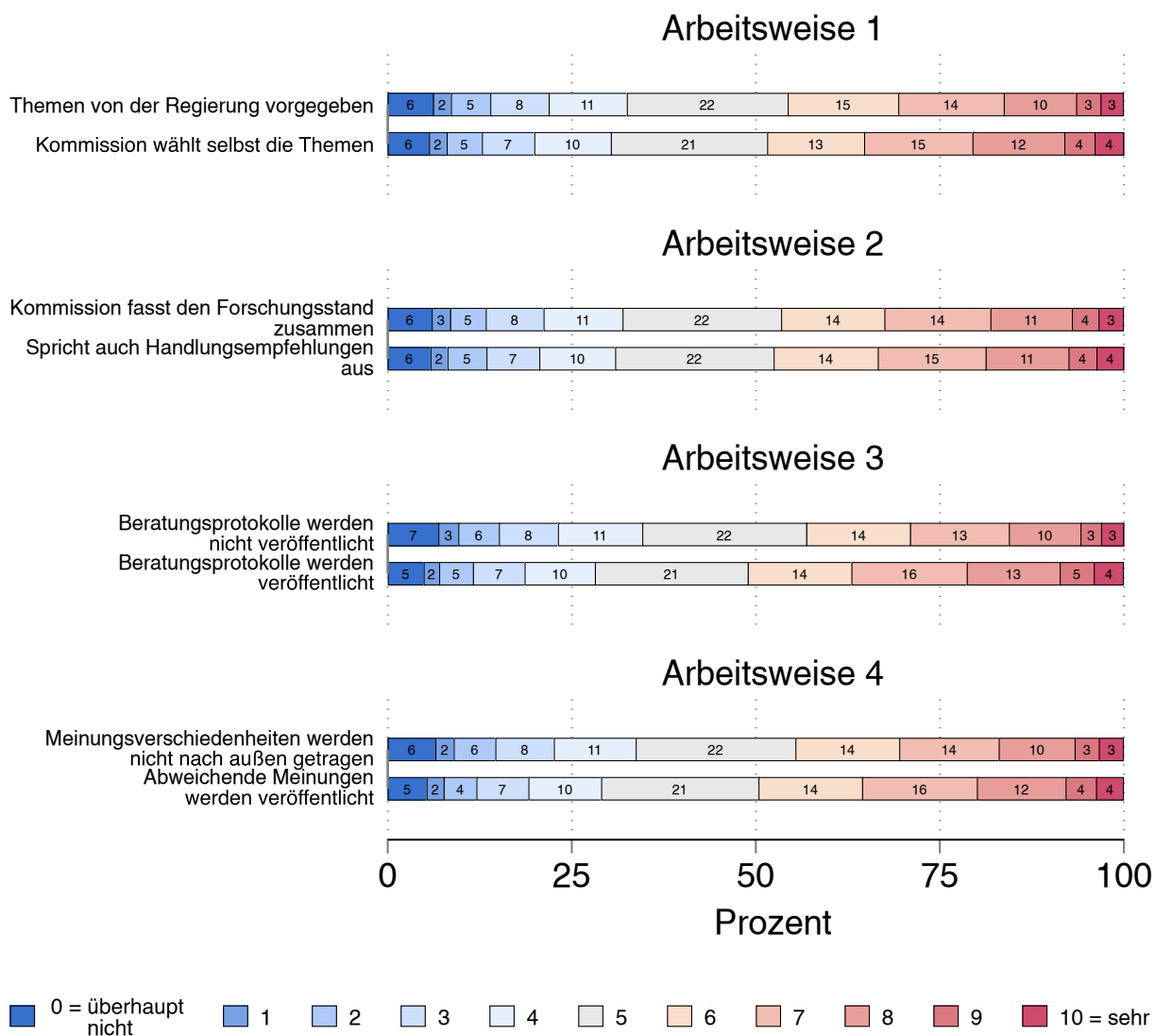


Abbildung 9: Vertrauen in das Beratungsgremium nach Arbeitsweise

Zusammenfassend zeigt das zweite Survey-Experiment, dass das Vertrauen in Politikberatungsgremien maßgeblich durch deren Unabhängigkeit, Pluralität und Transparenz beeinflusst wird. Besonders hervorzuheben ist dabei das Auswahlverfahren, das sich als der wichtigste Faktor erwies: Gremien, deren Mitglieder von einer akademischen Forschungsinstitution ausgewählt wurden, genossen deutlich höheres Vertrauen als solche, deren Mitglieder durch die Regierung bestimmt wurden. Auch die interdisziplinäre Zusammensetzung der Gremien spielte eine zentrale Rolle, während die Arbeitsweise, obwohl weniger entscheidend, ebenfalls relevante Effekte auf das Vertrauen hatte. Diese Ergebnisse unterstreichen die Bedeutung einer sorgfältigen institutionellen Ausgestaltung von Beratungsgremien, wobei insbesondere die Unabhängigkeit im Auswahlprozess eine Schlüsselrolle für die Akzeptanz und Glaubwürdigkeit in der Bevölkerung spielt.

2.3.3 WISSENSCHAFTSKOMMUNIKATION ZU POLITISCH POLARISIERTEN THEMEN

Das dritte Survey-Experiment untersuchte direkte Wissenschaftskommunikation auf Social Media – ein Kommunikationskanal, der in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung gewonnen hat, zugleich aber auch zur politischen Polarisierung beitragen kann (Alabrese et al. 2024). Als theoretische Grundlage diente das Modell von Pielke (2007), der vier Idealtypen von Kommunikationsstilen unterscheidet: den „Pure Scientist“ (reinen Wissenschaftler), der sich auf die Generierung von Erkenntnissen konzentriert, den „Science Arbiter“ (Wissenschaftsschiedsrichter), der spezifische Fragen beantwortet, den „Issue Advocate“ (Themenanwalt), der aktiv eine bestimmte Position vertritt, und den „Honest Broker“ (ehrlichen Vermittler), der verschiedene Handlungsoptionen präsentiert. Insbesondere das Modell des „Honest Broker“ wurde bereits in einer früheren Studie von Post und Bienzeisler (2024) im Kontext politischer Kontroversen untersucht, wobei die Ergebnisse zeigten, dass dieser Kommunikationsstil zur Abschwächung politischer Polarisierung beitragen kann. Dieses zentrale Ergebnis sollte im vorliegenden Experiment noch einmal repliziert werden – mit einer leicht abgewandelten Operationalisierung des „Honest Broker“, die den Fokus stärker auf die Präsentation von Handlungsalternativen legt. Darüber hinaus wurde das Design erweitert: Alle vier Kommunikationsstile wurden systematisch verglichen, ergänzt durch eine unpolitische Kontrollgruppe sowie ein zusätzliches Treatment, das eine indirekte politische Rahmung wissenschaftlicher Kommunikation simuliert.

Zur Umsetzung dieses Designs wurden die Befragten randomisiert einem von sechs hypothetischen Social-Media-Postings zugeordnet (siehe Abbildung 10). Vier der Experimentalgruppen repräsentierten die Kommunikationsstile nach Pielke und behandelten inhaltlich das Thema Klimawandel, das aufgrund seiner globalen Relevanz und starken Polarisierung ausgewählt wurde. Zusätzlich gab es eine Kontrollgruppe, in der ein „Pure Scientist“ über ein nicht-politisches Thema (Schlafforschung) sprach. Ein weiteres Treatment simuliert eine indirekte politische Rahmung, indem ein Beitrag zum Klimawandel von einem politischen Akteur geteilt wurde. Ziel war es dabei, die Wirkung dieser Kontexteinbettung auf die Wahrnehmung wissenschaftlicher Kommunikation zu analysieren.

I. KONTROLLGRUPPE	II. PURE SCIENTIST
	

III. SCIENCE ARBITER



IV. ISSUE ADVOCATE



V. HONEST BROKER



VI. REPOST



Abbildung 10: Fiktive Social-Media-Postings eines Wissenschaftlers

Um zu überprüfen, ob das Treatment des Social-Media-Postings den gewünschten Eindruck vermittelt und die Profile der verschiedenen Wissenschaftler klar voneinander unterscheidbar sind, wurde zunächst die Wahrnehmung des Kommunikationsstils der Wissenschaftler entlang von fünf Dimensionen gemessen (Abbildung 11): Darstellung wissenschaftlicher Fakten, Anregen gesellschaftlicher Diskussionen, Ausdruck einer politischen Präferenz, Präsentation von Handlungsmöglichkeiten und politische Instrumentalisierbarkeit.

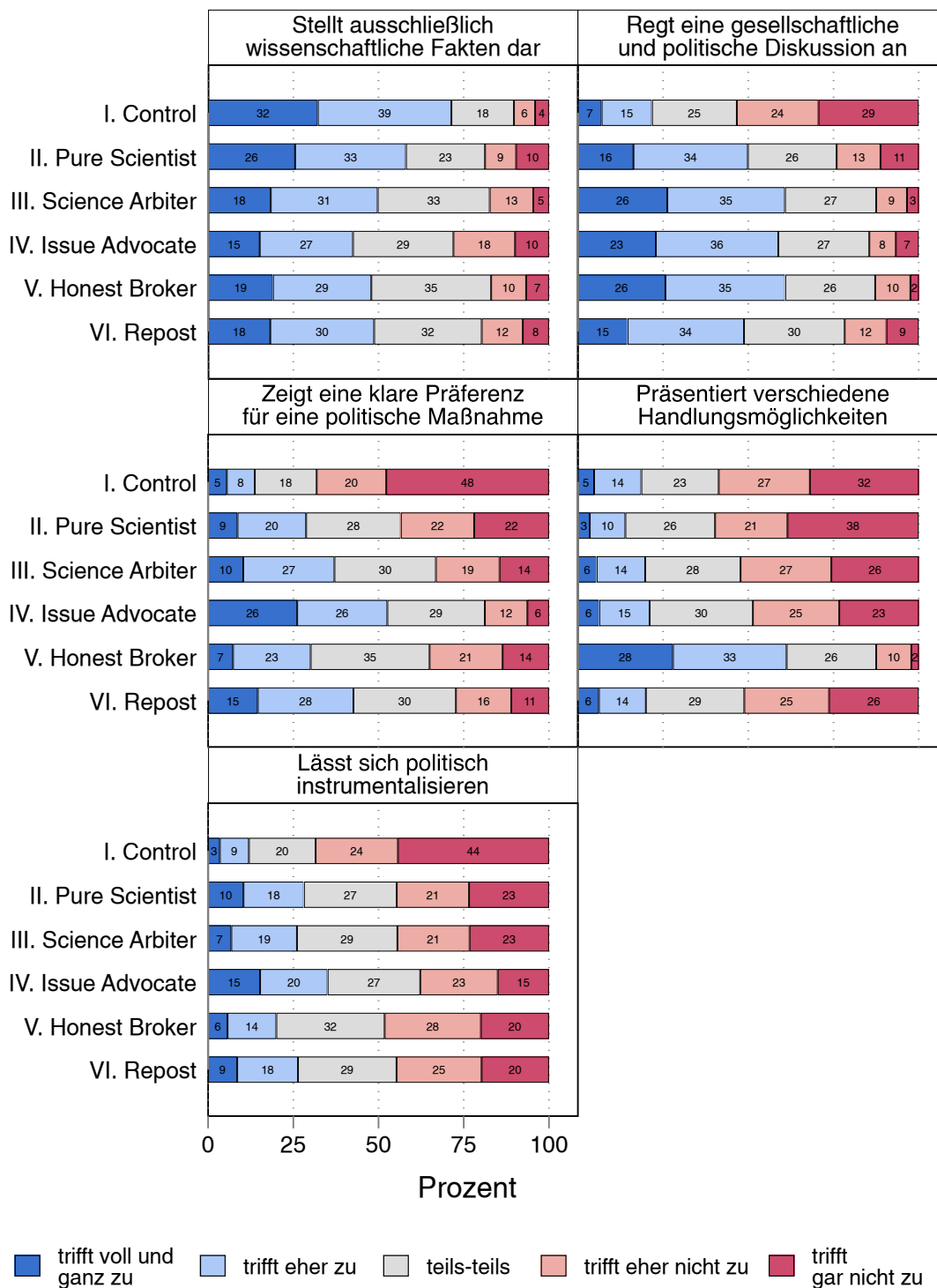


Abbildung 11: Wahrnehmung des Verhaltens des Wissenschafters

Die Kontrollgruppe („Pure Scientist“ mit einem unpolitischem Thema) sowie der „Pure Scientist“ erhielten die höchste Zustimmung für die Darstellung wissenschaftlicher Fakten, während der „Issue Advocate“ in dieser Dimension am schwächsten bewertet wurde. Die Anregung gesellschaftlicher bzw. politischer Diskussionen wurde vorrangig dem „Science Arbitr“, dem „Issue Advocate“ sowie dem „Honest Broker“ zugeschrieben; die Kontrollgruppe erzielte in diesem Punkt die geringste Werte. Eine klare politische Präfe-

renz wurde insbesondere beim „Issue Advocate“ wahrgenommen, wohingegen dem Wissenschaftler in der Kontrollgruppe kaum eine solche zugeschrieben wurde. Der „Honest Broker“ wurde am häufigsten mit dem Präsentieren von Handlungsmöglichkeiten in Verbindung gebracht, während dies kaum für den Wissenschaftler in der Kontrollgruppe galt. Die politische Instrumentalisierbarkeit wurde vor allem dem „Issue Advocate“, dem „Pure Scientist“ sowie dem Szenario des politischen Reposts attestiert, während der „Honest Broker“ in diesem Punkt als weniger anfällig bewertet wurde. Insgesamt belegt die differenzierte Wahrnehmung der Kommunikationsstile, dass die experimentellen Treatments geeignet waren, die Einschätzung des Wissenschaftlers systematisch in die intendierte Richtung zu lenken.

Anschließend wurde die Vertrauenswürdigkeit des Wissenschaftlers mithilfe einer Item-Batterie gemessen, die die Wahrnehmung der Person basierend auf dem Münsteraner „Epistemic Trustworthiness Inventory“ (Hendricks et al. 2015; Post & Bienzeisler 2024) erfasste. Die Befragten wurden gebeten, den kommunizierenden Wissenschaftler anhand von acht Eigenschaften zu beurteilen: kompetent, unprofessionell*, aufrichtig, unehrlich*, sachlich, emotional*, am Gemeinwohl interessiert, ideologisch voreingenommen* (*umgedrehte Items). Basierend auf diesen Einschätzungen wurde ein Vertrauenswürdigkeitsindex erstellt, der eine hohe interne Konsistenz zeigte (Cronbachs Alpha = 0,86). Der Index nahm dabei einen Wertebereich von 0 „überhaupt nicht vertrauenswürdig“ bis 10 „sehr vertrauenswürdig“ ein.

Abbildung 12 zeigt, wie die Vertrauenswürdigkeit des Wissenschaftlers je nach Kommunikationsstil eingeschätzt wurde. Zunächst einmal wird sichtbar, dass der Schlafforscher in der Kontrollgruppe mit einem Mittelwert von 6,9 insgesamt signifikant positiver eingeschätzt wurde als alle anderen Wissenschaftler, die über das stärker politisierte Klimawandel-Thema sprachen. Das deutet daraufhin, dass ein höherer Grad der Politisierung eines Themas grundsätzlich mit gewissen Reputationsverlusten einhergehen, unabhängig davon, wie sich der Wissenschaftler verhält. Dieses Ergebnis steht im Einklang mit früheren Befunden, die ein nach Disziplinen differenziertes Wissenschaftsvertrauen dokumentiert haben, wobei insbesondere Disziplinen mit einem Konnex zur Politik Vertrauensverluste erleiden (Faßmann & Knob 2023).

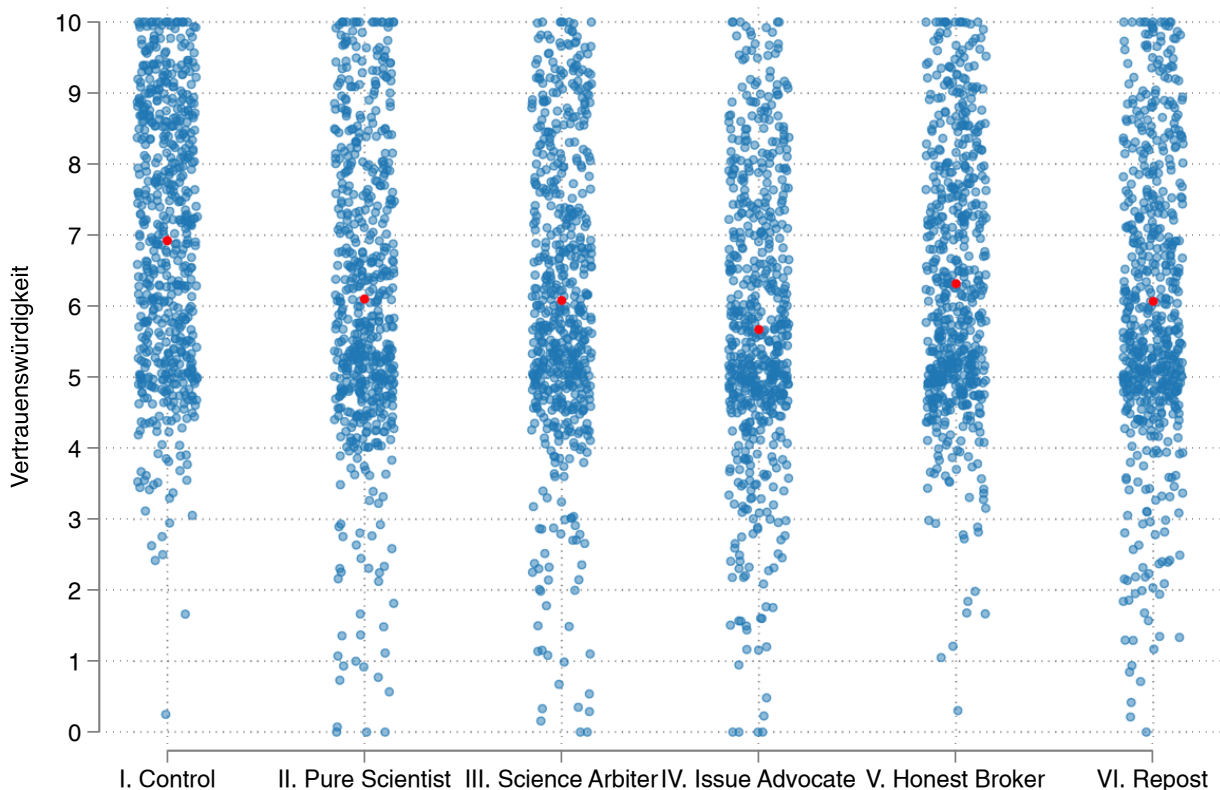


Abbildung 12: Einschätzung der Vertrauenswürdigkeit des Wissenschaftlers

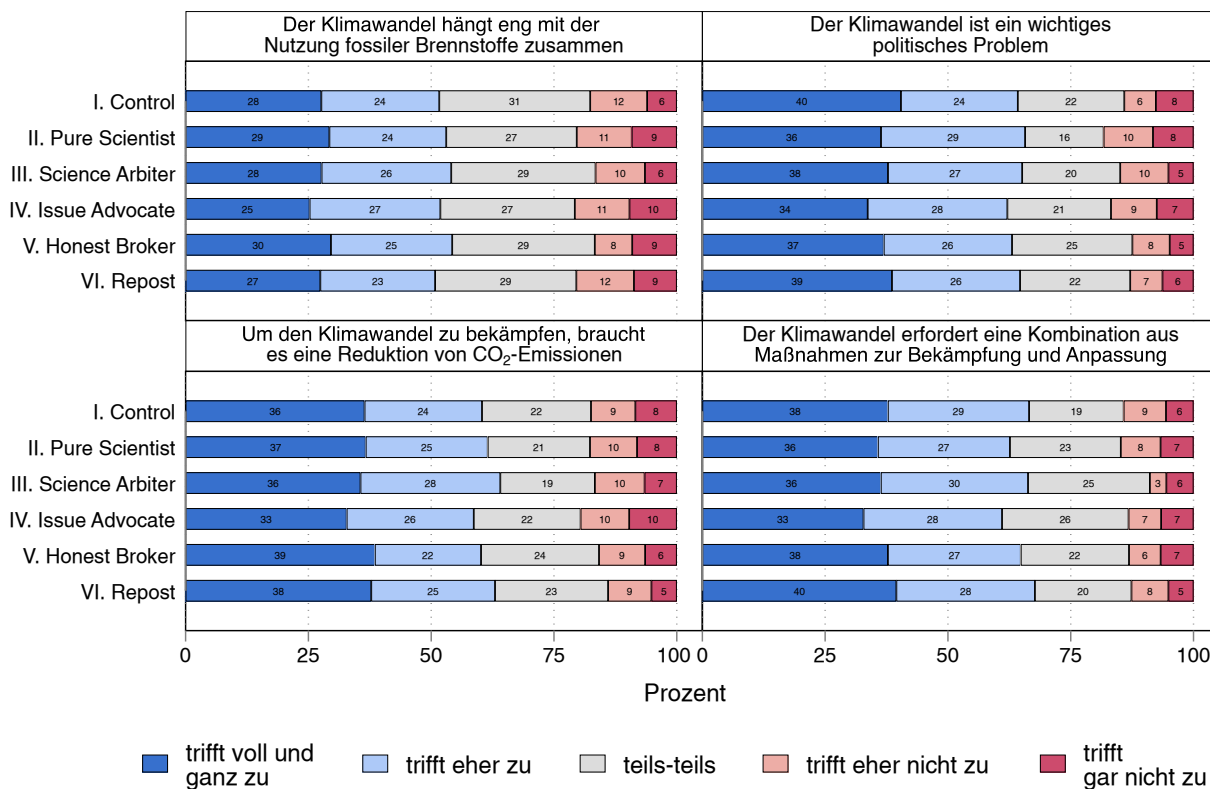


Abbildung 13: Einstellungen zum Klimawandel

Die Daten zeigen interessante Unterschiede in der Wahrnehmung der Kommunikationsstile: Der „Pure Scientist“, der „Science Arbiter“ sowie der Wissenschaftler im „Repost“-Szenario wurden mit einem Mittelwert von jeweils rund 6,1 als ähnlich vertrauenswürdig eingeschätzt. Der „Issue Advocate“ schnitt mit einem Mittelwert von 5,7 signifikant schlechter ab als alle anderen Gruppen. Die höchste Vertrauenswürdigkeit unter den Klimawissenschaftlern erzielte der „Honest Broker“ mit einem Mittelwert von 6,3. Während der Unterschied zum „Pure Scientist“ knapp unterhalb der Schwelle statistischer Signifikanz lag, war der Unterschied zu allen übrigen Kommunikationsstilen signifikant. Insgesamt deuten die Ergebnisse darauf hin, dass die Reputation von Wissenschaftlern in politisch polarisierten Kontexten dann am stärksten profitiert, wenn sie entweder als neutrale Faktenvermittler oder als unparteiische Präsentierende von Handlungsoptionen auftreten. Am ungünstigsten wirkt sich hingegen eine klare politische Positionierung im Sinne eines „Issue Advocate“ auf die wahrgenommene Vertrauenswürdigkeit aus.

Bemerkenswert ist, dass die Kommunikation des Wissenschaftlers wenig Auswirkungen auf die Einstellungen der Befragten zum Thema Klimawandel hatte (vgl. Abbildung 13). Zwischen den einzelnen Kommunikationsstilen und der Kontrollgruppe zeigten sich keine statistisch signifikanten Unterschiede. Das deutet daraufhin, dass viele Befragte bei dem politisch seit Jahren viel diskutierten Thema sich bereits eine Meinung gebildet haben. Es herrscht somit ein „eingefrorenes Meinungsklima“ (Noelle-Neumann 1980), das von tiefen Gräben zwischen den Positionen und einer geringen Bereitschaft zum Umdenken geprägt ist – wodurch die Kommunikation häufig konfrontativ statt dialogisch verläuft. In der Folge werden solche Themen zunehmend entweder gar nicht oder nur noch innerhalb gleichgesinnter Gruppen besprochen, da ein offener Austausch als wenig erfolgversprechend erscheint.

Die Ergebnisse des dritten Survey-Experiments zeigen insgesamt, dass der Stil der Wissenschaftskommunikation in politisch polarisierten Diskussionen einen vorhandenen, aber begrenzten Einfluss auf Wahrnehmung und Vertrauenswürdigkeit haben kann. Der „Honest Broker“ wurde dabei als am vertrauenswürdigsten bewertet, während der „Issue Advocate“ die geringste Zustimmung erhielt. Andere Stile lagen

dazwischen. Allerdings ging die Politisierung des Themas – unabhängig vom gewählten Kommunikationsstil – mit Reputationsverlusten für Wissenschaftler einher, während ihr Einfluss auf die Perzeptionen der Befragten gering ausfiel, was auf ein bereits gefestigtes, konfliktgeprägtes Meinungsklima schließen lässt. Diese Konstellation birgt das Risiko, dass sich Wissenschaftler:innen zunehmend aus öffentlichen Debatten zurückziehen. Wenn die Aussicht auf Wirkung begrenzt, das Risiko für Ansehensverluste jedoch hoch ist, erscheint eine Beteiligung am Diskurs zunehmend als unattraktiv. Dies gilt umso mehr, wenn bereits die bloße Thematisierung eines Sachverhalts – selbst in der Rolle des neutralen Faktengebers – mit Misstrauen oder gar öffentlicher Anfeindung beantwortet wird. Zudem stellt sich die Frage, inwieweit eine Ausgewogenheit in der Darstellung von Handlungsalternativen unter Bedingungen stark politisierter Konflikte im Einzelfall überhaupt möglich ist, ohne in die Falle einer falschen Ausgewogenheit („false balance“; Imundo & Rapp 2022) zu tappen. Vor diesem Hintergrund besteht eine zentrale Herausforderung für die Wissenschaftskommunikation in der Praxis darin, in polarisierten Debatten wissenschaftliche Perspektiven sichtbar zu machen und Handlungsoptionen aufzuzeigen, ohne dabei in Relativismus zu verfallen oder wissenschaftliche Standards preiszugeben.

2.3.4 ÜBERTRAGUNG VON COVID-19-EINSTELLUNGEN AUF ANDERE SACHFRAGEN

In den drei vorangegangenen Experimenten wurden zwei Themen gewählt, die bislang nicht im Zentrum kontroverser politischer Debatten standen – selbstfahrende Autos und künstliche Intelligenz – sowie ein Thema, das bereits seit Langem politisch aufgeladen diskutiert wird: der Klimawandel. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, inwieweit sich das Einstellungs- und Konfliktmuster aus der Corona-Krise auf andere Themen überträgt und wie sehr die Wirksamkeit der untersuchten Interventionen von den Erfahrungen während der Pandemie geprägt ist. Um dies zu untersuchen, wurde in der Umfrage auch erfasst, für wie angemessen und effektiv die Befragten die Corona-Maßnahmen rückblickend hielten. Als „Maßnahmen-skeptisch“ wurden dabei jene Befragten kodiert, die Maßnahmen für eher nicht oder überhaupt nicht effektiv ansahen und sie zugleich auch als zu stark oder zu extrem empfanden, was auf rund 20 Prozent der Befragten zutraf.

Im ersten Experiment zeigte sich ein statistisch signifikanter, aber schwacher Zusammenhang zwischen der Einstellung zu den Corona-Maßnahmen und der Entscheidung zur Zulassung selbstfahrender Autos. Besonders unter jenen, die die Corona-Maßnahmen für zu extrem und ineffektiv hielten, war die Ablehnung der Zulassung deutlich ausgeprägter. Dieser Zusammenhang war in der Kontrollgruppe ($r = 0,126$; $p < 0,001$) etwas stärker ausgeprägt als in der Perspektivenwechsel-Gruppe ($r = 0,103$; $p < 0,001$), blieb jedoch insgesamt schwach. Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass skeptische Haltungen gegenüber staatlichen Maßnahmen – wie sie im Kontext der Corona-Krise artikuliert wurden – auch auf technologiebezogene Regulierungsfragen wirken können, wobei es sich hier nur um einen schwachen Übertragungseffekt handelt.

Auch im zweiten Experiment zeigte sich ein signifikanter, wenngleich schwacher Zusammenhang zwischen der Einstellung zu den Corona-Maßnahmen und dem Vertrauen in die hypothetische Expert:innenkommission zur Beratung der Regierung in KI-Fragen ($r = -0,179$; $p < 0,001$). Personen, die die Corona-Maßnahmen als ineffektiv und überzogen bewerteten, begegneten auch dem neuen Beratungsgremium mit erhöhter Skepsis – und dies über alle experimentellen Bedingungen hinweg. Die Effektstärken der einzelnen getesteten Kommissionsmerkmale – Bestellungsverfahren, Zusammensetzung und Arbeitsweise – fielen dabei bei Maßnahmen-Skeptiker:innen und Befürworter:innen weitgehend ähnlich stark aus. Nur zwei kleinere Unterschiede traten hervor: Für Maßnahmen-Skeptiker:innen war es etwas wichtiger, dass die Mitglieder der Kommission von der Wissenschaft selbst und nicht von der Regierung ausgewählt wurden. Zudem zeigte sich eine leichte Tendenz, dass die Veröffentlichung von Sitzungsprotokollen das Vertrauen dieser Gruppe etwas stärker positiv beeinflusste. Diese Unterschiede blieben jedoch marginal und vermochten die grundlegende Skepsis nicht aufzubrechen. Selbst eine unabhängig bestellte, plural zusammengesetzte und transparent arbeitende Kommission wurde von Maßnahmen-Skeptiker:innen weiterhin mit größerem Misstrauen betrachtet als von Befürworter:innen der Corona-Maßnahmen.

Das dritte Experiment verdeutlicht schließlich, dass der Grad der Politisierung eines Themas maßgeblich bestimmt, ob und wie stark sich die coronabedingten Konfliktlinien auf andere Themen übertragen. Dem Schlafforscher (Kontrollgruppe) begegneten Maßnahmen-Skeptiker:innen ähnlich positiv wie Maßnahmen-Befürworter:innen; der Zusammenhang zwischen Corona-Einstellungen und Vertrauen war schwach negativ ($r = -0,0760$), aber statistisch nicht signifikant ($p = 0,073$). Sobald der Wissenschaftler jedoch zum Klimawandel kommunizierte, verstärkten sich die Zusammenhänge deutlich. Besonders stark war der Effekt beim „Issue Advocate“ ($r = -0,258$; $p < 0,001$), gefolgt vom „Science Arbiter“ ($r = -0,242$; $p < 0,001$). Auch die Rollen „Pure Scientist“ ($r = -0,210$; $p < 0,001$) und die Repost-Bedingung ($r = -0,206$; $p < 0,001$) zeigten signifikante negative Zusammenhänge. Am geringsten war der Zusammenhang beim „Honest Broker“ ($r = -0,201$; $p < 0,001$). Dieser Kommunikationsstil wurde vor allem von den Maßnahmenskeptiker:innen noch am ehesten geschätzt, auch wenn sie ihre höhere Grundskepsis insgesamt nicht überwinden konnten. Entscheidend für die Übertragung des Konfliktmusters war insgesamt weniger der kommunikative Stil der Wissenschaftler:innen als der politische Aufladungsgrad des Themas.

Zusammenfassend zeigt sich: Das coronabedingte Einstellungs- und Konfliktmuster kann sich auf andere gesellschaftliche Themen übertragen – doch dieser Effekt ist stark vom Grad der bereits erfolgten Politisierung abhängig. Während unpolitische Themen wie die Schlafforschung kaum betroffen sind und technologische Fragen, die noch nicht breit in der Öffentlichkeit diskutiert wurden, wie selbstfahrende Autos oder KI, nur schwach, treten bei hoch politisierten Themen wie dem Klimawandel deutlichere Übertragungseffekte auf. Maßnahmen zur Förderung eines konstruktiven Dialogs können die bestehende Grundskepsis zwar nicht auflösen, tragen jedoch – bei Befürworter:innen wie Skeptiker:innen – in ähnlichem Umfang dazu bei, das Vertrauen in wissenschaftliche Expertise und Beratung zumindest moderat zu stärken.

2.4 ZWISCHENFAZIT

Die quantitative Teilstudie analysierte, wie der politische Diskurs über wissenschaftsbasierte Themen konstruktiver gestaltet werden kann, indem drei zentrale Themenfelder beleuchtet wurden: Demokratiebildung durch Perspektivenwechsel, das Design von Politikberatungsgremien und die Wissenschaftskommunikation in polarisierten Konflikten. Mithilfe einer quantitativen Querschnittsbefragung der österreichischen Wohnbevölkerung und drei Survey-Experimenten wurden die Mechanismen untersucht, die Akzeptanz demokratischer Entscheidungen und Vertrauen in wissenschaftliche Erkenntnisse fördern können.

Das erste Survey-Experiment zeigte, dass der Perspektivenwechsel zwar Reflexionsprozesse anregen und die Wahrnehmung von Gegenargumenten sensibilisieren kann; dies hat jedoch keine signifikanten Effekte auf die generelle Akzeptanz demokratischer Entscheidungen. Subgruppenanalysen verdeutlichten, dass vor allem Gegner:innen der Zulassung selbstfahrender Autos skeptischer gegenüber der Fairness der Entscheidung und den zugrunde liegenden Studien waren. Das Entscheidungsverhalten war geprägt von Risikoaversion und Status-quo-Bias, die durch den Perspektivenwechsel nicht überwunden werden konnten.

Das zweite Survey-Experiment verdeutlichte die zentrale Rolle der Ausgestaltung von Politikberatungsgremien für das Vertrauen in deren Arbeit. Besonders hervorzuheben ist dabei die Bedeutung des Auswahlverfahrens: Das Vertrauen steigt deutlich, wenn die Mitglieder eines Expert:innengremiums durch eine akademische Forschungsinstitution bestimmt werden – und nicht durch die Regierung. Darüber hinaus zeigte sich, dass eine interdisziplinäre Zusammensetzung und die Einbindung gesellschaftlicher Akteure wie Unternehmen und Sozialpartner das Vertrauen weiter steigerten. Ebenfalls relevant, wenn auch in etwas geringerem Maße, waren transparente Arbeitsweisen, die Meinungsvielfalt sichtbar machen, etwa durch die Veröffentlichung von Protokollen und abweichenden Meinungen.

Das dritte Survey-Experiment untersuchte, wie unterschiedliche Stile der Wissenschaftskommunikation in den sozialen Medien in politisch polarisierten Konflikten wahrgenommen werden. Die Ergebnisse zeigen, dass die Rolle des „Honest Broker“, der verschiedene Handlungsoptionen präsentiert, am meisten Vertrauen schafft. Gleichzeitig verdeutlichen die Befunde, dass die Politisierung eines Themas (z. B. Klimawandel)

unabhängig vom Stil der Wissenschaftskommunikation zu Reputationsverlusten führen kann. Außerdem können tief verwurzelte Meinungen zu solchen Themen durch Wissenschaftskommunikation kaum verändert werden. Diese Erkenntnisse unterstreichen das Spannungsfeld, in dem sich Wissenschaftskommunikation in polarisierten Debatten bewegt: Einerseits gilt es, wissenschaftliche Perspektiven sichtbar zu machen – trotz begrenzter Wirkungsmöglichkeiten und drohender Reputationsverluste; andererseits, Handlungsalternativen aufzuzeigen, ohne wissenschaftliche Standards zu relativieren.

Die ergänzende Analyse zu möglichen Übertragungsmustern zeigte, dass sich das in der Corona-Krise geprägte Einstellungs- und Konfliktmuster durchaus auf andere Themen übertragen kann, was jedoch in starkem Maße vom Politisierungsgrad des jeweiligen Themas abhängt. Während bei unpolitischen Fragen, wie etwa der Schlafforschung, keine Effekte erkennbar sind und technologiebezogene Themen wie selbstfahrende Autos oder Künstliche Intelligenz nur schwach betroffen sind, zeigt sich bei stärker politisierten Themen wie dem Klimawandel ein deutlicherer Übertragungseffekt. Maßnahmen zur Förderung eines konstruktiven Dialogs können diese Grundskepsis zwar nicht auflösen, tragen aber dazu bei, das Vertrauen in wissenschaftliche Expertise zumindest in moderatem Umfang zu stärken.

3 RESÜMEE

Wissenschaft erfüllt eine grundlegende Integrations- und Orientierungsfunktion, weil sie eine gemeinsame Wirklichkeitsbasis schafft, auf die sich Menschen – ungeachtet von Klasse, Religion, Schicht oder Herkunft – beziehen können. Das heißt, selbst wenn (oder gerade wenn) sie streiten, beziehen sie sich dennoch – wenn gleich oft mit unterschiedlichen Interessen – auf dieselbe, von der Wissenschaft entwickelte, Infrastruktur an Dingen, Fakten und Artefakten, Relevanzen und Evidenzen. Gerade darin liegt das konfliktlösende Potenzial der Wissenschaft: Sie verspricht, ideologisch aufgeladene Konflikte auf eine sachliche Ebene zu überführen – und somit argumentativ bearbeitbar zu machen. Doch diese Erwartung wird problematisch, wenn sich der politische Konflikt in einen reinen Wissenskonflikt verwandelt, also in einen Kampf um das bessere Wissen. Gerade dort, wo wissenschaftliche Expertise zur Absicherung umstrittener Maßnahmen herangezogen wird, schlägt die Hoffnung auf Orientierung und Versachlichung ins Gegenteil um: Misstrauen wächst, nicht weil Wissenschaft erklärt, sondern weil mit ihr legitimiert und entschieden wird. Umgekehrt gilt: Wiewohl Herrschaftskritik als auch Kritik an der Wissenschaft – nicht zuletzt von der Wissenschaft selbst – notwendig und erwünscht sind, können sie auf problematische Weise eskalieren, und zwar wenn dabei jeder Sinn für eine gemeinsame Wahrheit, für eine gemeinsame Wirklichkeit verloren geht. Dies wurde zuletzt in der Corona-Krise besonders deutlich. Wissenschaft wurde teilweise mit Ideologie gleichgesetzt und Evidenz durch den Anspruch auf Authentizität ersetzt. „Alle Wahrheit geht vom Volke aus“ – das war eine der zentralen Protestbotschaften in der Krise.

Wissenschaftsskepsis ist in gewisser Weise ein Krisenphänomen – nicht unbedingt, weil Krisen zwangsläufig eine ganz neue Skepsis erzeugen, sondern weil sie bestehende latente Vorbehalte – insbesondere in Bezug auf die Schnittstelle von Wissenschaft und Politik – zum Vorschein bringen. Das liegt daran, dass in hochgradig verwissenschaftlichten Krisen (und welche sind das heute nicht?) die Wissenschaft zwangsläufig zum politischen Streitpunkt wird. Schließlich müssen sich die Kontrahent:innen in den Konflikten um die richtige Krisenpolitik auf Zahlen und Daten, Wissen und Wahrheit beziehen; in diesen Wissenskonflikten müssen alle Konfliktparteien epistemische (Gegen-)Autorität mobilisieren, um wirkungsvoll ihre normativen Positionen vertreten zu können. Dass die Autorität jener Gegen- oder Pseudo-Expert:innen, die die Legitimität radikaler Alternativen verbürgen sollen, vom Krisenmoment lebt, hat die qualitative Analyse deutlich gemacht. Die Vorstellung, dass das David-Lager (die Protestierenden) einen heroischen Kampf gegen das Goliath-Lager („Establishment“) um die Wahrheit führt, konserviert gewissermaßen den Expert:innenstatus der „Gegenautoritäten“. Deshalb hat das medial breit gestreute Deutungsmuster einer gespaltenen Gesellschaft in den Lebenswelten von Impfskeptiker:innen eine so hohe Bedeutung: Es konstituiert ein kollektives „Wir“, das durch „Expert:innenwissen“ legitimiert und auch auf andere Krisenthemen übertragbar ist („travel of ideas“). Diese Dynamiken dämpfen die Hoffnung, eine sachliche Aufarbeitung könne zur Befriedung beitragen – im Gegenteil: Sie nähren die Erwartung, dass sich die zugrunde liegenden Deutungsmuster über die Pandemie hinaus fortschreiben und verfestigen.

Umso wichtiger wird vor diesem Hintergrund die Frage, wie man in konstruktiver Form wissenschaftsbasierte Themen im öffentlichen Raum diskutieren kann. Schließlich ist bei solch zukunftsrelevanten Themen wie Biodiversität, Klimawandel oder Neue Gentechnik ein hohes Maß an Wissen für die sinnvolle Teilhabe am Diskurs unabdingbar. Das heißt, in all diesen Fällen besteht immer die Gefahr, dass die Wissenschaft Vertrauen verspielt, weil (zu Recht oder zu Unrecht) eine Komplizenschaft mit der Politik vermutet wird. Es besteht die Gefahr, dass Wissenschaft als eine Form der Politik mit anderen Mitteln wahrgenommen wird, weil sie Politikberatung in direkter Weise betreibt. Es besteht die Gefahr, dass die Unabhängigkeit der Wissenschaft in Zweifel gezogen wird, wenn die Grenzziehung zwischen Erkenntnis und Entscheidung unscharf ist.

All diese Gefahrenmomente wurden im Rahmen unserer Survey-Experimente adressiert; diese lieferten wichtige Erkenntnisse darüber, wie wissenschaftsbasierte Themen in politisch polarisierten Kontexten produktiver kommuniziert und verhandelt werden können – und wo die Grenzen solcher Bemühungen liegen.

Im öffentlichen Diskurs sowie auch in den qualitativen Interviews wurde häufig der Ruf nach mehr Perspektivenvielfalt und ausgewogener Debatte laut. Das Prinzip des *Hearing the Other Side* (Mutz 2006) erscheint in diesem Kontext zunächst auch als ein plausibler und vielversprechender Ansatz, um Polarisierung zu überwinden. Unsere Ergebnisse zeigen jedoch, dass ein solcher Perspektivenwechsel – verstanden als bewusste Auseinandersetzung mit den Argumenten der Gegenseite – dort an seine Grenzen stößt, wo Risikoaversion und Status-quo-Bias dominieren, was im Kontext von wissenschaftlichen und technologischen Neuerungen wohl aber regelmäßig der Fall sein dürfte. Insgesamt setzte der Perspektivwechsel durchaus gewisse Reflexionsprozesse in Gang gesetzt, jedoch führte er nicht zu einer Meinungs- oder Verhaltensänderung.

Mit Blick auf wissenschaftliche Politikberatung wurde dabei deutlich, dass die institutionellen Rahmenbedingungen von Beratungsgremien entscheidend für deren Vertrauenswürdigkeit sind. Unabhängigkeit, Transparenz und disziplinäre Vielfalt sind hier keine bloßen theoretischen Ideale, sondern essenzielle Kriterien, die praktisch umgesetzt werden müssen. Dies erfordert nicht nur transparente Auswahlverfahren und eine interdisziplinäre Zusammensetzung von Beratungsgremien, sondern auch innovative Formen der Einbindung gesellschaftlicher Akteure. Die Ergebnisse legen nahe, dass Vertrauen vor allem dort entsteht, wo wissenschaftliche Expertise von politischer Einflussnahme getrennt bleibt und wissenschaftlich Beratende auch nicht den Eindruck erwecken, politische Entscheidungen seien alternativlos. Der Ansatz, neutral zu vermitteln und eine Bandbreite an Handlungsoptionen darzustellen („Honest Broker“), bietet eine vielversprechende Grundlage, um in politisierten Debatten Vertrauen zu schaffen. Damit dies gelingt, braucht es jedoch gezielte Schulungen für Wissenschaftler:innen, die sie befähigen, nicht nur fachlich, sondern auch kommunikativ souverän aufzutreten. Wie wir in der Pandemie gesehen haben, mussten viele öffentlichkeitswirksame Expert:innen erst einmal lernen, dass sie nicht für „die“ Wissenschaft sprechen können, sondern selbst nur eine bestimmte disziplinäre Perspektive repräsentieren.

Die in der qualitativen Analyse vermutete Übertragbarkeit von Deutungsmustern auf andere Themenfelder ließ sich in den quantitativen Analysen durchaus belegen – allerdings nicht uneingeschränkt oder quasi maßstabsgetreu („1 zu 1“). Die Stärke dieses Übertragungseffekts war erkennbar an den Grad der Politisierung eines Themas gekoppelt (vgl. auch Huber et al. 2022). Während im Fall eines „unpolitischen“ Schlafforschers keinerlei Zusammenhang mit den Corona-Einstellungen nachweisbar war, traten solche Effekte umso deutlicher zutage, je näher ein Thema an politische Konfliktlinien rückte. Insgesamt blieben die Zusammenhänge jedoch im schwachen bis moderaten Bereich, was darauf hinweist, dass die Konfliktlinien zwischen den Themenfeldern keineswegs vollständig deckungsgleich sind. Diese Befunde lassen sich im Sinne von John Rawls (1987) als Hinweis auf die Möglichkeit eines *Overlapping Consensus* interpretieren: Auch in einer fragmentierten Gesellschaft bleibt Raum für geteilte Überzeugungen über diverse Themen hinweg, die zum Teil doch unterschiedlich gelagert sind und in ihrem Politisierungsgrad variieren.

Gerade in Zeiten zunehmender Polarisierung ist es unerlässlich, dass Wissenschaft als Brücke und nicht als Akteur in politischen Konflikten wahrgenommen wird. Die Ergebnisse dieser Untersuchung bieten nicht nur theoretische Impulse, sondern auch praxisnahe Leitlinien, um Wissenschaft und Gesellschaft stärker miteinander zu verbinden und Konflikte konstruktiver zu gestalten. Allerdings dürfte es zu wenig sein, eine fundamentale Krise wie die Pandemie (oder den Klimawandel) nur wissenschaftlich bearbeiten zu wollen; hier ist die Bedeutung von Partizipation und persönlicher Interaktion zu betonen, wie sie in den Fokusgruppen in experimenteller Form erprobt wurde. Zweifellos liefern wissenschaftliche Erkenntnisse wichtige Anstöße, um in einer nächsten Krise besser mit Phänomenen wie eben der Wissenschaftsskepsis umgehen zu können.

Ein nüchterner Blick auf die Pandemie lehrt jedoch: Auch wenn Wissenschaft zweifellos zur besseren Bewältigung von Krisen beiträgt, ist sie dennoch nicht in der Lage, politische und gesellschaftliche Konflikte einfach aufzulösen – mitunter trägt sie sogar zur Aufheizung dieser Konflikte bei. Eine vertrauensstiftende Wissenschaftskommunikation muss diese Grenzen anerkennen – und zugleich ihren Beitrag zur Verständigung leisten. Nicht als politischer Akteur, sondern als Vermittlerin von Möglichkeiten, die bewusst offenhält, was offenbleiben muss. Vielleicht ist es auch gar nicht immer notwendig, am Ende einen Konsens in der Sachfrage zu erreichen. Die zentrale Frage für eine funktionierende plurale Gesellschaft lautet daher

nicht nur: „Wie lösen wir politische Konflikte?“, sondern vor allem: „Wie verhindern wir ein gesellschaftliches Auseinanderdriften, auch wenn bei politischen Sachfragen keine Einigung zu erwarten ist?“ In diesem Zusammenhang haben insbesondere die Fokusgruppen deutlich gemacht, wie wichtig persönliche Gespräche über Krisenthemen sind. Diese Gruppengespräche können im besten Fall, indem sie produktive Irritationen auslösen, einen subtilen Zwang zur Verständigung etablieren und damit jene Polarisierung überwinden helfen, die sich in der Pandemie in vielen stereotypen Unterscheidungen manifestiert hat.

4 LITERATURVERZEICHNIS

- Abdel-Aty, M., & Ding, S. (2024). A matched case-control analysis of autonomous vs human-driven vehicle accidents. *Nature Communications*, 15(1), 4931.
- Alabrese, E., Capozza, F. & Garg, P. (2024). Politicized Scientists: Credibility Cost of Political Expression on Twitter. CESifo Working Paper No. 11254, <https://ssrn.com/abstract=4922427>.
- Anderson, C. (2005). *Losers' Consent: Elections and Democratic Legitimacy*. Oxford: Oxford University Press.
- Bansak, K., Hainmueller, J., Hopkins, D. J., Yamamoto, T. (2021). Conjoint Survey Experiments. In J. N. Druckman & D. P. Green (Eds.), *Advances in Experimental Political Science*, pp. 19–41. Cambridge University Press.
- Bogner, A. (2021). *Die Epistemisierung des Politischen: Wie die Macht des Wissens die Demokratie gefährdet*. Stuttgart: Reclam.
- Bogner, A. (Hg. 2023). *Nach Corona. Reflexionen für zukünftige Krisen – Ergebnisse aus dem Corona-Aufarbeitungsprozess*. Wien: Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. https://austriaca.at/0xc1aa5572_0x003eac20.pdf.
- Bogner, A. & Albiez, A. (2023). Zum politischen Umgang mit Zielkonflikten I: Die Impfpflicht. In: A. Bogner (Hg.), *Nach Corona. Reflexionen für zukünftige Krisen*, S. 44-55. Wien: Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. https://austriaca.at/0xc1aa5572_0x003eac20.pdf.
- Bogner, A. & Buntfuß, P. (2023). Evidenz und Eindeutigkeit: Herausforderungen der Organisation wissenschaftlichen Politikberatung. In A. Bogner (Hg.), *Nach Corona. Reflexionen für zukünftige Krisen*, S. 72–87. Wien: Verlag der Österreichische Akademie der Wissenschaften. https://austriaca.at/0xc1aa5572_0x003eac20.pdf.
- Delfraissy, J.-F., Horgan M., Molbak, K. et al. (2024): Scientific advisory councils in the COVID-19 response. *The Lancet* 403(10426), 510-512. [https://www.thelancet.com/journals/lancet/article/PIIS0140-6736\(23\)01846-9/fulltext](https://www.thelancet.com/journals/lancet/article/PIIS0140-6736(23)01846-9/fulltext).
- Etikan, I., Sulaiman A. M., & Alkassim R. S. (2015). Comparison of Convenience Sampling and Purposive Sampling. *American Journal of Theoretical and Applied Statistics*, 5(1):1–4. <https://www.sciencepublishinggroup.com/article/10.11648/j.ajtas.20160501.11>.
- European Commission (2025). European citizens' knowledge and attitudes towards science and technology (Special Eurobarometer 557). <https://doi.org/10.2777/6040908>.
- Faßmann, H. & Knob, D. (2023). Wissenschaftsbarometer 2022: Erhebung und Analyse. In H. Faßmann (Hg.) *Wissenschaftsbarometer 2022: Vertrauen, Interesse, Information (Akademie im Dialog – Forschung und Gesellschaft 1)*, S. 7–30. Wien: Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften.
- Frei, N., Schäfer, R. & Nachtwey, O. (2021): Die Proteste gegen die Corona-Maßnahmen. Eine soziologische Annäherung. *Forschungsjournal Neue Soziale Beziehungen*, 34(2): 249–258.
- Froschauer, U., & Lueger, M. (2024). *Das qualitative Interview: Zur Praxis interpretativer Analyse sozialer Systeme* (3. aktual. Aufl.). Wien: Facultas.
- Hendriks, F., Kienhues, D., & Bromme, R. (2015). Measuring laypeople's trust in experts in a digital age: The Muenster Epistemic Trustworthiness Inventory (METI). *PloS One*, 10(10), e0139309.
- Huber, R. A., Greussing, E., & Eberl, J.-M. (2022). From populism to climate scepticism: the role of institutional trust and attitudes towards science. *Environmental Politics*, 31(7), 1115-1138. DOI: 10.1080/09644016.2021.1978200.
- Imundo, M. N., & Rapp, D. N. (2022). When fairness is flawed: Effects of false balance reporting and weight-of-evidence statements on beliefs and perceptions of climate change. *Journal of Applied Research in Memory and Cognition*, 11(2), 258–271.

- Kahneman, D., & Tversky, A. (1979). Prospect theory: An analysis of decision under risk. *Econometrica*, 47(2), 263–291.
- Kahneman, D., Knetsch, J. L., & Thaler, R. H. (1991). Anomalies: The endowment effect, loss aversion, and status quo bias. *Journal of Economic Perspectives*, 5(1), 193–206.
- Knobloch, J. (2023). Die voreingenommene Deutung des Unbekannten. Das Nichtwissensregime der Pandemieberatung und der Ausschluss der Sozialwissenschaften. *Berliner Journal für Soziologie*, 33(4), 387–421. <https://doi.org/10.1007/s11609-023-00506-z>.
- Lane, R. (1966). The Decline of Politics and Ideology in a Knowledgeable Society. *American Sociological Review*, 31(5), 649–662.
- Mau, S., Lux, T. & Westheuser, L. (2023). Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft. Berlin: Suhrkamp.
- Miko-Schefzig, K. & Pfadenhauer, M. (2024): „Travels of ideas“ als Basis zukünftiger gesellschaftlicher Bruchlinien. Das Beispiel Institutionenskepsis. In: Kumlehn, M., Gärtner, J., & Wodianka, S. (Hg.2024). *Zukunftsnarrative: Zur Deutungsmacht kultureller Erzählmuster*. Bielefeld: transcript.
- Miko-Schefzig, K. (2022). Forschen mit Vignetten: Gruppen, Organisationen, Transformation. Weinheim: Beltz Juventa.
- Miko-Schefzig, K., Pfadenhauer, M., Reiter, C., & Buckenleib, A. (2023). Soziologie der Polarisierung oder Polarisierung der Soziologie? Zur Wiederentdeckung einer alten soziologischen Debatte am Beispiel der Wissenschaftsskepsis. In: P.-I. Villa (Hg.), *Polarisierte Welten: Verhandlungen des 41. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie 2022*. Bielefeld (Band 41). Deutschen Gesellschaft für Soziologie. https://publikationen.sociologie.de/index.php/kongressband_2022/article/view/1742/1905.
- Münch, R. (2023). *Polarisierte Gesellschaft. Die postmodernen Kämpfe um Identität und Teilhabe*. Frankfurt/New York: Campus.
- Mutz, D. C. (2006). *Hearing the other side: Deliberative versus participatory democracy*. Cambridge University Press.
- Noelle-Neumann, E. (1980). *Die Schweigespirale: Öffentliche Meinung, unsere soziale Haut*. München: Langen Müller.
- Österreichische Akademie der Wissenschaften (2024): *Wissenschaftsbarometer 2024. Ergebnisse*. https://www.oeaw.ac.at/fileadmin/NEWS/2024/pdf/Bericht_Wissenschaftsbarometer_2024.pdf.
- Partheymüller, J., Eberl, J.-M., Kritzinger, S., & Bogner, A. (2023). Wissenschaftsskepsis. In A. Bogner (Hg.), *Nach Corona: Reflexionen für zukünftige Krisen*, S. 88–116. Wien: Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. https://austriaca.at/0xc1aa5572_0x003eac20.pdf.
- Partheymüller, J., Eberl, J.-M., & Bogner, A. (2025, im Erscheinen). Perceptions of science and politics in the COVID-19 pandemic in Austria: Technocratic overreach or blame deflection? *Österreichische Zeitschrift für Soziologie* 50.
- Pfadenhauer, M. (2021). Wie leben wir morgen in der Mit-Corona-Gesellschaft? *merz | medien + erziehung*, 65(1), 11-15. <https://doi.org/10.21240/merz/2021.1.9>.
- Pfadenhauer, M., Miko-Schefzig, K., Buckenleib, A., & Reiter, C. (2024). Vertraute Lebenswelten der Wissenschaftsskepsis. Die Kritik an der Corona-Impfpflicht als Präludium für den Widerstand gegen interventionistische Nachhaltigkeitspolitik. *Berliner Journal für Soziologie*, 34(3), 403–441. <https://doi.org/10.1007/s11609-024-00534-3>.
- Pielke Jr., R. A. (2007). *The Honest Broker: Making Sense of Science in Policy and Politics*. Cambridge, UK: Cambridge University Press.
- Post, S., & Bienzeisler, N. (2024). The Honest Broker versus the Epistocrat: Attenuating Distrust in Science by Disentangling Science from Politics. *Political Communication*, 41(5), 763-785. <https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/10584609.2024.2317274>.
- Rawls, J. (1987). The Idea of an Overlapping Consensus. *Oxford Journal of Legal Studies*, 7(1), 1-25.

- Samuelson, W., & Zeckhauser, R. (1988). Status quo bias in decision making. *Journal of Risk and Uncertainty*, 1, 7–59.
- Spradley, J. P. (1979). *The Ethnographic Interview*. Belmont, CA: Wadsworth.
- Starkbaum, J., Auel, K., Bobi, V., Fuglsang, S., Grand, P., Griessler, E., König, T., Losi, L., Seiser, F., Tiemann, G., Taschwer, K., & Unger, M. (2023). *Ursachenstudie zu Ambivalenzen und Skepsis in Österreich in Bezug auf Wissenschaft und Demokratie*. Wien: Institut für Höhere Studien.
- Taschwer, K. (2021). „Österreichs fatale Wissenschaftsskepsis“, in: *Der Standard*, 10.11.2021.
www.derstandard.de/story/2000131037835/oesterreichs-fatale-wissenschaftsskepsis.

SINCE 2005 PUBLISHED MANUSCRIPTS

- ITA-05-01 Andreas Krisch (1/2005): Die Veröffentlichung des Privaten – Mit intelligenten Etiketten vom grundsätzlichen Schutz der Privatsphäre zum Selbstschutz-Prinzip. <www.oeaw.ac.at/ita/pdf/ita_05_01.pdf>
- ITA-05-02 Petra Grabner (12/2005): Ein Subsidiaritätstest – Die Errichtung gentechnikfreier Regionen in Österreich zwischen Anspruch und Wirklichkeit. <epub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ita_05_02.pdf>
- ITA-05-03 Eva Buchinger (12/2005): Innovationspolitik aus systemtheoretischer Sicht – Ein zyklisches Modell der politischen Steuerung technologischer Innovation. <www.oeaw.ac.at/ita/pdf/ita_05_03.pdf>
- ITA-06-01 Michael Latzer (6/2006): Medien- und Telekommunikationspolitik: Unordnung durch Konvergenz – Ordnung durch Mediamatikpolitik. <epub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ita_06_01.pdf>
- ITA-06-02 Natascha Just, Michael Latzer, Florian Saurwein (9/2006): Communications Governance: Entscheidungshilfe für die Wahl des Regulierungsarrangements am Beispiel Spam. <epub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ita_06_02.pdf>
- ITA-06-03 Veronika Gaube, Helmut Haberl (10/2006): Sozial-ökologische Konzepte, Modelle und Indikatoren nachhaltiger Entwicklung: Trends im Ressourcenverbrauch in Österreich. <epub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ita_06_03.pdf>
- ITA-06-04 Maximilian Fochler, Annina Müller (11/2006): Vom Defizit zum Dialog? Zum Verhältnis von Wissenschaft und Öffentlichkeit in der europäischen und österreichischen Forschungspolitik. <epub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ita_06_04.pdf>
- ITA-06-05 Holger Floeting (11/2006): Sicherheitstechnologien und neue urbane Sicherheitsregimes. <epub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ita_06_05.pdf>
- ITA-06-06 Armin Spök (12/2006): From Farming to “Pharming” – Risks and Policy Challenges of Third Generation GM Crops. <epub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ita_06_06.pdf>
- ITA-07-01 Volker Stelzer, Christine Rösch, Konrad Raab (3/2007): Ein integratives Konzept zur Messung von Nachhaltigkeit – das Beispiel Energiegewinnung aus Grünland. <epub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ita_07_01.pdf>
- ITA-07-02 Elisabeth Katzlinger (3/2007): Big Brother beim Lernen: Privatsphäre und Datenschutz in Lernplattformen. <epub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ita_07_02.pdf>
- ITA-07-03 Astrid Engel, Martina Eremann (4/2007): Kartierte Risikokonflikte als Instrument reflexiver Wissenspolitik. <epub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ita_07_03.pdf>
- ITA-07-04 Peter Parycek (5/2007): Gläserne Bürger – transparenter Staat? Risiken und Reformpotenziale des öffentlichen Sektors in der Wissensgesellschaft. <epub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ita_07_04.pdf>
- ITA-07-05 Helge Torgersen (7/2007): Sicherheitsansprüche an neue Technologien – das Beispiel Nanotechnologie. <epub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ita_07_05.pdf>
- ITA-07-06 Karen Kastenhofer (9/2007): Zwischen „schwacher“ und „starker“ Interdisziplinarität. Die Notwendigkeit der Balance epistemischer Kulturen in der Sicherheitsforschung zu neuen Technologien. <epub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ita_07_06.pdf>
- ITA-07-07 Ralf Lindner, Michael Friedewald (9/2007): Gesellschaftliche Herausforderungen durch „intelligente Umgebungen. Dunkle Szenarien als TA-Werkzeug. <epub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ita_07_07.pdf>
- ITA-07-08 Alfons Bora (11/2007): Die disziplinären Grundlagen der Wissenschaft. <epub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ita_07_08.pdf>
- ITA-08-01 Alexander Degelsegger (5/2008): „Frames“ in sozialwissenschaftlichen Theorieansätzen. Ein Vergleich aus der Perspektive der Technikforschung. <epub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ita_08_01.pdf>
- ITA-08-02 Jens Hoff (11/2008): Can The Internet Swing The Vote? Results from a study of the 2007 Danish parliamentary election. <epub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ita_08_02.pdf>
- ITA-09-01 Georg Aichholzer, Doris Allhutter (2/2009): e-Participation in Austria: Trends and Public Policies. <epub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ita_09_01.pdf>
- ITA-09-02 Michael Nentwich (11/2009): Cyberscience 2.0 oder 1.2? Das Web 2.0 und die Wissenschaft. <epub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ita_09_02.pdf>
- ITA-09-03 Hilmar Westholm (12/2009): Wandel der Formen politischer Partizipation und der Beitrag des Internet. Schlussfolgerungen aus Bevölkerungsbefragungen in Deutschland. <epub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ita_09_03.pdf>
- ITA-10-01 Iris Eisenberger (12/2010): Kleine Teile, große Wirkung? Nanotechnologieregulierung in der Europäischen Union. <epub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ita_10_01.pdf>
- ITA-10-02 Alexander Degelsegger and Helge Torgersen (12/2010): Instructions for being unhappy with PTA. The impact on PTA of Austrian technology policy experts' conceptualisation of the public. <epub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ita_10_02.pdf>
- ITA-10-03 Ernest Braun (12/2010): The Changing Role of Technology in Society. <epub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ita_10_03.pdf>
- ITA-10-04 Fritz Betz (12/2010): E-Partizipation und die Grenzen der Diskursethik. <epub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ita_10_04.pdf>
- ITA-11-01 Peter Parycek, Judith Schoßböck (1/2011): Transparency for Common Good. Offener Zugang zu Information im Kontext gesellschaftlicher und strategischer Spannungsfelder. <epub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ita_11_01.pdf>
- ITA-11-02 Georg Aichholzer und Doris Allhutter (6/2011): Online forms of political participation and their impact on democracy. <epub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ita_11_02.pdf>
- ITA-11-03 Mahshid Sotoudeh, Walter Peissl, Niklas Gudowsky, Anders Jacobi (12/2011): Long-term planning for sustainable development. CIVISTI method for futures studies with strong participative elements. <epub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ita_11_03.pdf>
- ITA-12-01 Xiao Ming (1/2012): e-Participation in Government Decision-Making in China. Reflections on the Experience of Guangdong Province. <epub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ita_12_01.pdf>
- ITA-12-02 Stephan Bröchler, Georg Aichholzer, Petra Schaper-Rinkel (Hrsg.) (9/2012): Theorie und Praxis von Technology Governance. <epub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ita_12_02_Sondernummer.pdf>
- ITA-12-03 Iris Eisenberger (10/2012): EU-Verhaltenskodex Nanotechnologie: Rechtsstaatliche und demokratische Aspekte. <epub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ita_12_03.pdf>
- ITA-12-04 Julia Haslinger, Christiane Hauser, Peter Hocke, Ulrich Fiedeler (10/2012): Ein Teilerfolg der Nanowissenschaften? Eine Inhaltsanalyse zur Nanoberichterstattung in repräsentativen Medien Österreichs, Deutschlands und der Schweiz. <epub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ita_12_04.pdf>
- ITA-13-01 Helge Torgersen, Alexander Bogner, Karen Kastenhofer (10/2013): The Power of Framing in Technology Governance: The Case of Biotechnologies. <epub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ita_13_01.pdf>

- ITA-13-02 Astrid Mager (11/2013): In search of ideology. Socio-cultural dimensions of Google and alternative search engines. <[epub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ita_13_02.pdf](https://pub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ita_13_02.pdf)>
- ITA-13-03 Petra Wächter (12/2013): Aspekte einer nachhaltigen Energiezukunft. <[epub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ita_13_03.pdf](https://pub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ita_13_03.pdf)>
- ITA-14-01 Renate Mayntz (8/2014): Technikfolgenabschätzung – Herausforderungen und Grenzen. <[epub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ita_14_01.pdf](https://pub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ita_14_01.pdf)>
- ITA-14-02 Michael Narodoslawsky (11/2014): Utilising Bio-resources: Rational Strategies for a Sustainable Bio-economy. <[epub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ita_14_02.pdf](https://pub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ita_14_02.pdf)>
- ITA-14-03 Petra Wächter (12/2014): Ökonomik in der Technikfolgenabschätzung – eine Bestandsaufnahme. <[epub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ita_14_03.pdf](https://pub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ita_14_03.pdf)>
- ITA-15-01 Reinhard Grünwald (5/2015): Stromnetze: Bedarf, Technik, Folgen. <[epub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ita_15_01.pdf](https://pub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ita_15_01.pdf)>
- ITA-15-02 Christine Chaloupka, Robert Kölbl, Wolfgang Loibl, Romain Molitor, Michael Nentwich, Stefanie Peer, Ralf Risser, Gerd Sammer, Bettina Schützhofer, Claus Seibt (6/2015): Nachhaltige Mobilität aus sozioökonomischer Perspektive – Diskussionspapier der Arbeitsgruppe „Sozioökonomische Aspekte“ der ÖAW-Kommission „Nachhaltige Mobilität“. <[epub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ita_15_02.pdf](https://pub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ita_15_02.pdf)>
- ITA-15-03 Sabine Pfeiffer (10/2015): Auswirkungen von Industrie 4.0 auf Aus- und Weiterbildung. <[epub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ita_15_03.pdf](https://pub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ita_15_03.pdf)>
- ITA-15-04 Sabine Pfeiffer (11/2015): Effects of Industry 4.0 on vocational education and training. <[epub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ita_15_04.pdf](https://pub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ita_15_04.pdf)>
- ITA-16-01 Lorenzo Del Savio, Alena Buyx & Barbara Prainsack (3/2016): Opening the black box of participation in medicine and healthcare. <[epub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ita_16_01.pdf](https://pub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ita_16_01.pdf)>
- ITA-16-02 Michael Nentwich (10/2016): Parliamentary Technology Assessment Institutions and Practices. <[epub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ita_16_02.pdf](https://pub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ita_16_02.pdf)>
- ITA-17-01 Helge Torgersen (3/2017): Neuroenhancement – (k)ein TA-Thema? <[epub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ita_17_01.pdf](https://pub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ita_17_01.pdf)>
- ITA-18-01 Karen Kastenhofer, Katharina Novy (6/2018): Vom Wissen zum Können, vom Lehren zum Forschen? Der Wandel biologischer Wissenschaftskultur am Universitätsstandort Wien. <[epub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ita_18_01.pdf](https://pub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ita_18_01.pdf)>
- ITA-18-02 Elias Moser (10/2018): Normative Leitbilder in der Technikfolgenabschätzung. <[epub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ita_18_02.pdf](https://pub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ita_18_02.pdf)>
- ITA-19-01 Michael Nentwich, Wilfried Jäger, Gerhard Embacher-Köhle und Jaro Krieger-Lamina (06/2019): Kann es eine digitale Souveränität Österreichs geben? Herausforderungen für den Staat in Zeiten der digitalen Transformation. <[epub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ita_19_01.pdf](https://pub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ita_19_01.pdf)>
- ITA-20-01 Karen Kastenhofer (06/2019): Emergierende Technowissenschaften. Am Beispiel von Systembiologie und Synthetischer Biologie. <[epub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ita_20_01.pdf](https://pub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ita_20_01.pdf)>
- ITA-21-01 Michael Nentwich und Daniela Fuchs (03/2021). Three decades of institutionalised TA in Austria. <[epub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ita_21_01.pdf](https://pub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ita_21_01.pdf)>
- ITA-21-02 Karen Kastenhofer, Hannah Rosa Friesacher, Alexander Reich, Leo Capari(10/2021). COVID-19 – Voices from Academia (COVAC). <[epub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ita_21_02.pdf](https://pub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ita_21_02.pdf)>
- ITA-22-01 Tanja Sinozic-Martinez, Titus Udrea, Michael Nentwich (12/2022). Technology assessment in Central and Eastern Europe – Status Quo IN 2022 and Future Prospects. <[epub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ita_22_01.pdf](https://pub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ita_22_01.pdf)>
- ITA-23-01 Michael Ornetzeder, Titus Udrea, Steffen Bettin, Tanja Sinozic-Martinez (09/2023). Assessment of socio-technical configurations – Towards a new framework for studying societal implications of energy innovations. <[epub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ita_23_01.pdf](https://pub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ita_23_01.pdf)>
- ITA-23-02 Michael Nentwich (12/2023). Wissenschaftliche TA – Begriffe, Typologie und Konsequenzen für die Praxis. <[epub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ita_23_02.pdf](https://pub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ita_23_02.pdf)>
- ITA-24-01 Ornetzeder, Michael; Bettin, Steffen; Christensen, Toke Haunstrup; Friis, Freja; Skjølsvold, Tomas Moe; Ryghaug, Marianne (12/2024). The role of users in smart energy pilot and demonstration projects. Evidence from Austria, Denmark and Norway. <[epub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ita_24_01.pdf](https://pub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ita_24_01.pdf)>
- ITA-25-01 Jutta Jähnel, Michael Nentwich, Pauline Rioussat, Christine Milchram, Christoph Kehl, Steffen Albrecht (02/2025). Generative AI in policy oriented technology assessment. <[epub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ita_25_01.pdf](https://pub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ita_25_01.pdf)>
- ITA-25-02 Alexander Bogner, Agnes Kirchner, Katharina Miko-Schefzig, Julia Partheymüller, Michaela Pfadenhauer, Markus Trimmel (07/2025). Wie lässt sich konstruktiv mit verhärteten Wissenskonflikten umgehen? Eine quantitativ-qualitative Studie zur Wissenschaftsskepsis. <[epub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ita_25_02.pdf](https://pub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ita_25_02.pdf)>



ÖAW

WWW.OEAW.AC.AT